

Der Berner Freisinn FDP

Nr. 10
Oktober 1983
5. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Laupenstrasse 35, 3008 Bern
Telefon (031) 26 00 11

Herausgeber und redaktionelle Verantwortung für
Kantonanteil:
Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Bern
Postfach, 3001 Bern, Telefon (031) 22 74 60

Vereinigung
freisinniger Frauengruppen des Kantons Berns

Gegen einseitigen Konsumentenschutz

Die Vereinigung freisinniger Frauengruppen des Kantons Bern (VFF) stellt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung die beiden bürgerlichen Ständeräte Gerber und Hänsenberger sowie die freisinnigen Nationalratskandidatinnen Geneviève Aubry, Monika Notter, Claire-Lise Renggli und Elisabeth Schärer der Presse und einem interessierten Publikum in Bern vor. Behandelt wurden Fragen des Konsumentenschutzes.

Vor der regen Diskussion führte Professor Dr. Dr. H. Giger von der Universität Zürich in leicht verständlicher Art anhand von Beispielen in die Problematik ein. Klar war, dass man sich einhellig gegen einen einseitigen Konsumentenschutz wenden muss. Ebenso klar war die Feststellung, dass heute ein grosses Missverständnis besteht: Produzent und Konsument werden oft als gegensätzliche Lager aufgefasst, zwischen denen es nichts Verbindendes gibt. Dieses Missverständnis geht auf eine Informationsverfälschung zurück, die es energisch zu bekämpfen gilt. Oft werden Einzelfälle nur von einem Standpunkt aus beleuchtet und verallgemeinert. Das darf indessen der Gesetzgeber nicht tun, da seine Entschlüsse endgültig und für alle verbindlich sind. Der Produzent ist in ganz erheblichem Mass auf den Konsumenten angewiesen und umgekehrt. Es besteht demnach ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Auf diese Tatsache hat der Gesetzgeber Rücksicht zu nehmen. Er darf nicht die eine oder die andere Seite bevorzugen. Es genügt, wenn Missbräuche bekämpft werden. Indes, wie

hat das zu geschehen? Genügen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen? Ist eine Neuregelung notwendig? Welche Eingriffe sind gerechtfertigt, und wie weit darf in das traditionelle Recht eingegriffen werden? Professor Giger machte mit einem klaren Konzept über Grundsatzfragen der geplanten Konsumentenschutzordnung bekannt: Schutz des Schwächeren, Anwendungsbereich, Verwirklichungsmethode, Mass und Mittel eines sinnvollen Sozialschutzes waren die Schwerpunkte seiner Ausführungen.

Im Abzahlungs- und Vorauszahlungsrecht sind neue gesetzliche Kategorien geschaffen wor-

den, die sog. Sozialschutzbestimmungen. Die Neuheit besteht darin, dass hier nur eine Partei bevorzugt wird — der Schwächere. Gleichheit und Gerechtigkeit sind somit nicht mehr gewährleistet. Die ungleiche Behandlung der Vertragsparteien durch das Gesetz rechtfertigt sich deshalb nur unter besonders erschwerenden Bedingungen. Professor Giger wies auf das Ungenügen des bisherigen Rechts wie auch der geplanten Rechtsordnung im bezug auf das nach, was unter dem «Schwächeren» verstanden wird. Das Abzahlungsrecht knüpft den Sozialschutz im Grunde genommen an die spezifische Vertragsart. Schutzwürdig wäre somit nicht der «Schwächere», wohl aber der Vertragspartner eines Abzahlungsvertrages, unbeschrieben ob er nun im zu beurteilenden Fall schutzwürdig ist oder nicht. Mit einleuchtenden Argumenten vertrat Professor Giger die Ansicht, dass nur der wirklich Schwächere eine Sonderbehandlung durch das Gesetz verdient. Das bedeutet Anwendbarkeit der sog. Sozialschutznormen nur bei Nachweis einer umfassenden, vorab wirtschaftlichen Unterlegenheit. Diese ist bei Verschuldungsfahr gegeben. Konsumentenschutz heisst Rücksichtnahme auf den «Schwächeren» durch Sondernormen mit Verhandlungsscharakter. Hier geht es um das richtige Mass, um die Verhältnismässigkeit der Eingriffe und Mittel.

Aus der Arbeit der Kantonalpartei

Eigentumsförderung aus freisinniger Sicht

Eine breite Streuung des Eigentums in möglichst allen Bevölkerungsschichten ist ein echt freisinniges Postulat. Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Grossrat Dr. Rénatus Gallati hat die Möglichkeiten einer aktiven freisinnigen Politik in der Eigentumspolitik, mit Schwergewicht auf das Wohneigentum im Kanton Bern, untersucht. Der Bericht liegt vor und kann im Zentralsekretariat bezogen werden.

Die Eigentums- bzw. Vermögensverteilung muss auch in unserem Land als sehr ungleich bezeichnet werden. So entfällt beispielsweise gemäss soeben veröffentlichter Vermögensstatistik 1981 fast die Hälfte des gesamten Vermögenskuchens unseres Landes auf bloss 3% aller Steuerpflichtigen, die ein Reinvermögen von 500 000 Franken und mehr aufweisen. Auch das Wohneigentum ist sehr ungleich verteilt und im Verhältnis zu andern Ländern schwach gestreut. Nur einer von drei Kantonsbürgern wohnt in seinen eigenen vier Wänden.

Nicht nur zur Finanzierung eines minimalen Wirtschaftswachstums und zur Sicherung unseres Wohlstandes bedarf es einer ausrei-

chenden *Sparkapital- und Eigentumsbildung*, sondern ebenso aus ethischen und staatspolitischen Gründen. Eine breite Streuung des Eigentums in möglichst allen Bevölkerungsschichten stellt eine wichtige Grundlage für die Sicherung unseres freiheitlichen Rechtsstaates dar. Eigentum verschafft dem Menschen *Freiheit*. Es bedeutet deshalb nicht nur grössere materielle Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern auch Stärkung des persönlichen Interesses und Verantwortungsbewusstseins gegenüber der Demokratie. Die *Privatinitiative* gewinnt an Bedeutung, und der Staat kann durch vermehrte Besinnung auf das Subsidiaritätsprinzip ent-

Fortsetzung auf Seite 2

Darum FDP wählen!

Bei den eidgenössischen Wahlen sieht sich der Stimmbürger gegenüber früheren Neubestellungen des Parlaments einer veränderten Situation gegenübergestellt. Wir stehen vor der Tatsache einer unbewältigten wirtschaftlichen Rezession, vor der Erkenntnis, dass dem Staat allzuviel aufgelastet wurde, dass er kaum mehr zu bewältigen vermag. Zudem wurden breiten Kreisen die Schattenseiten einer rasanten technischen Entwicklung bewusst, die an die Grenzen der Belastbarkeit unserer Umwelt geführt haben.

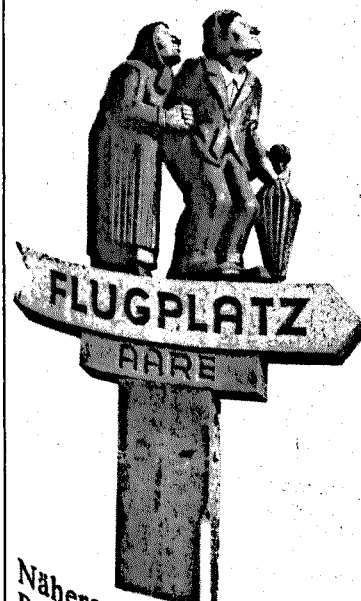
Die freisinnige Politik ist darauf ausgerichtet, der veränderten Lage Rechnung zu tragen. Die FDP als die führende liberale Kraft präsentiert ein realistisches Schwerpunkteprogramm. Es hebt sich von jenen anderer Parteien ab, als es nicht einseitige Forderungen an den Bundesstaat stellt. Es appelliert ebenso an Kantone und Gemeinden wie an jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger.

Die FDP hat bei der Bewältigung der Zukunft des Landes eine besondere Aufgabe und Verantwortung. Geschichte und Verfassung des schweizerischen Bundesstaates atmen den Geist liberalen Denkens. Die FDP hat die Gesetze dieses unseres Landes stets an vorderster Front mitgeprägt. Setzen wir deshalb mit dem Gang zur Urne und der Wahl von freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten alles daran, die Ideale der Freiheit, der Selbstverantwortung und des sozialen Rechtsstaates auch in Zukunft zu Massstäben schweizerischer Politik zu machen.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Der Präsident Der Generalsekretär

H. Richter *H. R. Leuenberger*
Y. Richter H. R. Leuenberger

Nächster Abstimmungs-
termin: 4. Dezember 1983



Näheres über die
Belpmoosvorlage
auf den Seiten 2 und 12

Inhalt

Alles, was
Sie für den
23. Oktober
wissen müssen!

Anlage-
fragen?
Dann
zur SKA

SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

sprechend entlastet werden. Dies entspricht einem zentralen Anliegen unserer Partei.

Die Arbeitsgruppe «Eigentumsförderung» war sich von Anfang an bewusst, dass es keine wirksame Förderung des Privateigentums gibt, die nichts kostet. Da ein Schwergewicht der vorgeschlagenen Massnahmen im fiskalischen Bereich liegt, sind gewisse Steuereinbussen unumgänglich. Auf einem eigentumspolitisch gesunden Nährboden gedeihen aber auch Privatinitiative und Selbstverantwortung am besten, was sich längerfristig wiederum durchaus positiv auf das Steueraufkommen auswirken vermag.

Schwerpunkte der Eigentumsförderung

Im Mittelpunkt der Vorschläge der Arbeitsgruppe stehen solche zur Förderung des Wohneigentums. Die *Eigenmietwertbesteuerung* sollte differenzierter gehandhabt werden und namentlich den nichtmehr erwerbstätigen Bevöl-

kerungskreisen einerseits und den oft hochverschuldeten Neuerwerbenden von selbstgenutztem Wohneigentum — meist jüngeren Familien — andererseits Erleichterungen bringen. Modifikationen drängen sich ebenfalls bei der *Grundstückgewinnsteuer* auf, die im Grunde auf eine blosse Spekulationssteuer redimensioniert werden sollte. Der Zugang zum Wohneigentum liesse sich ferner erleichtern durch eine aktivere Baulandpolitik der Gemeinden und Vereinfachungen beim Baubewilligungsverfahren.

Entscheidende Voraussetzung für eine bessere Streuung des Privateigentums ist eine ausreichende Spartätigkeit. Die für das *freiwillige Sparen* ausschlaggebenden Rahmenbedingungen müssen deshalb möglichst attraktiv gestaltet werden. Im Vordergrund stehen dabei *fiskalische Erleichterungen*, so zum Beispiel solche bei der Vermögensbesteuerung der Spar- und insbesondere Bauspargelder, aber auch bei der Einkommens- und Verrechnungssteuer, die auf den Zinserträgen erhoben wird. Als mögliche Alternativen

sieht die Arbeitsgruppe Eigentums- oder Bausparprämien und entsprechend günstigere Verzinsung der Bausparkapitalien durch die Banken. Nicht zuletzt sollten die umfangreichen, im Rahmen der 2. Säule geäußerten Mittel wenigstens teilweise für das Wohneigentumssparen eingesetzt werden können.

Die Arbeitsgruppe schlägt aber auch verschiedene Massnahmen zur Förderung des *Unternehmungseigentums* vor (z. B. Milderung von Doppelbesteuerung, Erleichterung der Betriebsübertragung, Verbesserung des Börsenzugangs für kleinere Unternehmen), zur Stärkung des *Arbeitnehmereigentums* (Mitarbeiteraktien, Investivlohn, Erfolgsbeteiligung) sowie weitere Massnahmen zur allgemeinen Sparförderung (inklusive Wertpapiersparen). Es ist nun Sache aller an einer wirksamen Eigentumsförderung Interessierten, ihre persönlichen Schlussfolgerungen aus den Ueberlegungen der Arbeitsgruppe zu ziehen und diesen auf politischer Ebene zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Flughafen Bern Belp

Gestern — heute — morgen

Seit den Anfängen der Schweizer Aviatik steht Bern mit ihr in engem Kontakt. Auf dem Berner Beundenfeld finden Pionierflüge statt. 1914—1918 dient dieser Platz der Schweizer Militäraviatik als erster Stützpunkt. Nach dem Ersten Weltkrieg werden ab 1919 Postflüge Bern Oberlindach—Zürich Dübendorf aufgenommen.

Auf Anregung des Berner Verkehrsvereins heisst 1927/28 der Berner Stadtrat und die Berner Stimmbürgerschaft die Vorlage zum Bau und Betrieb eines zivilen Flugplatzes gut. Für 450 000 Fr. wird im Belpmoos südlich von Bern in ländlicher Gegend ein Areal von 700x500 m erworben. Darauf wird eine Graspiste planiert sowie ein Dienstgebäude, ein Hangar und ein Restaurant errichtet. Die Gesamterstellungskosten belaufen sich auf 800 000 Fr. Daran beteiligt sich der Bund mit 200 000 Fr., wofür sich die Stadt Bern 1929 schriftlich verpflichtet, diese Flugplatzanlage dauern in gebrauchsfähigem Zustand zu halten und den zivilen und militärischen Bedürfnissen des Bundes sowie dem diplomatischen Korps und den Behörden des In- und Auslandes zur Verfügung zu stellen. Im Juni 1929 findet die Einweihung statt, und die kurz zuvor gegründete Flugplatzgenossenschaft, an der sich die Stadt Bern beteiligt, nimmt den schweizerischen Binnenluftverkehr auf.

Ein weiterer Hangar wird 1936/37 erstellt und 1938 ein fliegerisches Ausbildungszentrum des damaligen Eidgenössischen Luftamtes eingerichtet. In der gleichen Zeit entwickelt sich die Alpar zu einer Luftverkehrsgesellschaft, die den schweizerischen

Binnenluftverkehr zu 70% abdeckt.

Der Zweite Weltkrieg bringt den zivilen Luftverkehr zum Erliegen, und der Flugplatz Bern wird zu einem Stützpunkt der Schweizer Luftwaffe. Nach dem Krieg erlebt der zivile Luftverkehr dank der gewaltigen technischen Entwicklung eine unerwartete, rasante Entwicklung. Die Internationale Zivilluftfahrtvereinigung (ICAO) wird gegründet. Beruhend auf ihrer Vereinbarung, wird das schweizerische Luftfahrtgesetz von 1948 erarbeitet, und das damalige Eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement erklärt die in der Zwischenzeit aus der Taufe gehobene Swissair als alleinige schweizerische Linienverkehrsgesellschaft. Damit verzichtet die Alpar am 18. 8. 1947 auf einen eigenen Linienflugbetrieb, und aus der früheren Flugplatzgenossenschaft wird die Alpar Flug- und Flugplatzgesellschaft AG, an der je zu einem Drittel des Aktienkapitals die Stadt Bern und der Kanton Bern beteiligt sind, während sich das letzte Drittel auf private Aktionäre verteilt.

Der bernische Luftverkehr wird von da an gerade auch mangels einer vorausschauenden, wirtschaftsfreundlichen und risikobereiten bernischen Politik dem ausserkantonalen wirtschaftlichen und politischen Kräftespiel

überlassen. Dies nachdem die Stimmbürger der Stadt Bern ein 1946 vom Regierungsrat des Kantons Bern in Auftrag gegebenes Ausbauprojekt für die Flugplatzanlagen und die Erstellung einer Hartbelagpiste im Belpmoos (Kosten: 5,5 Mio. Fr.) verworfen haben.

Trotz den fast schon steinzeitlichen Flugplatzverhältnissen betreibt die Swissair mit DC-3-Flugzeugen von 1948 an eine Linie Bern—London. Sie wird 1958 wegen der ungenügenden Pistenverhältnisse eingestellt. Als Ersatz dafür bietet die Swissair mit den bewährten DC-3 tägliche Zubringerflüge Bern—Zürich—Bern bis 1963 an.

Der Flugplatz Bern Belp wird 1951 zum konzessionierten Flughafen Bern Belp. Er erhält einen öffentlichrechtlichen Status, und es wird ihm dabei auch ein erhebliches öffentliches Interesse attestiert.

1958 wird wegen der erwähnten prekären Pistenverhältnisse und insbesondere auf Ansuchen der Swissair eine 1200 Meter lange Hartbelagpiste erstellt und am 5. 6. 1959 in Betrieb genommen. Dafür ist in der Gemeindeabstimmung von Bern am 26. Oktober 1958 der erforderliche Kredit von 705 000 Fr. bewilligt worden. Der Kanton leistet 495 000 Fr. an die Gesamtkosten von 1,2 Mio. Fr.

Zur Verbesserung der Anflugmöglichkeiten auch bei schlechten Wetterbedingungen wird 1960 ein schon damals nicht mehr zeitgemässes Mittelwellenfunkfeuer-Anflugsystem (NDB) errichtet, das heute noch betrieben werden muss. Deshalb erfolgen die Instrumentenanflüge so tief, knapp über den Häusern von Berns Südosten und von Muri, verbunden mit entsprechendem Lärm. Daran vermag auch modernstes, umweltfreundliches Flugmaterial nicht viel zu ändern. Immerhin erlaubt dies eine höhere Regelmässigkeit des Berner Linienverkehrs. Balair und Globair machen 1963 einen Versuch mit Charterflügen. Die Swissair dagegen stellt ihre Linienflüge am 30. 9. 1963 ein, worauf sich die Globair um eine Konzession für die Verbindung Berns mit Zürich und Genf bemüht. Dies ruft die Swissair erneut auf den Plan, die sich wieder bereit erklärt, Bern linienmässig an das internationale Luftverkehrsnetz anzuschliessen. Auch der Gemeinderat von Bern und der Regierungsrat des Kantons Bern stellen sich hinter das Ziel, Bern direkt dem internationalen Luftverkehr anzuschliessen. Die Swissair will dies durch die Balair mit den Turbopropflugzeugen des Typs Fokker Friendship F-27 ermöglichen. Dazu wird aber eine erneute Anpassung der Flughafenanlagen an die technischen Be-

Terminkalender

- 18. Oktober Kantonspartei Sitzung der Kommission für Bau und Planung
- 26. Oktober Wahlbesprechung im Bürgerhaus, Bern
- 9. November Delegiertenversammlung
- 15. November Sitzung der Geschäftsleitung
- 3. November Grossratsfraktion a. o. Fraktionssitzung in Bévillard
- 7. November Fraktionssitzung/Sessionsbeginn
- 19. Oktober Stadtpartei Bern Sektion Obstberg/Untere Stadt. Stamm ab 18 Uhr im Café Obstberg
- 7. November Sektion Süd/Obere Stadt und West. Stamm ab 18 Uhr im «Galaxy»
- 21. November Gesamtpartei: Parteiversammlung (Parolenfassung zum 4. Dezember)
- 15. Oktober Sektionen Mühleberg: Besichtigung der Deponie Teufstal um 14 Uhr
- 16. Oktober Belp: Sonntägliche Jura Exkursion
- 18. Oktober Konolfingen: Besichtigung des SRG-Bundeshausstudios
- 25. Oktober Thun: Kursaalabend
- 25. Oktober Spiez: Parteiversammlung
- 26. Oktober Muri-Gümligen: Frauengruppe um 9 Uhr im Gasthof Sternen
- 27. Oktober Münsingen: Stamm ab 19 Uhr im Restaurant Bahnhof
- 29. Oktober Wohlen: Informationsstagung
- 29. Oktober Worb: FDP-Fest im Gasthof Löwen
- 31. Oktober Bolligen: Besichtigung des Amtshauses Bern und des Regierungstatthalteramtes um 20 Uhr
- 2. November Ittigen: Podiumsgespräch mit Gemeinderat und Chefbeamten über die Zukunft der Gemeindefinanzen
- 13. Oktober Wahlveranstaltungen der FDP Langenthal: Kandidaten äussern sich zu Fragen der Krankenversicherung
- 15. Oktober Büren: Kaffeehauskonzert um 20 Uhr 15 in der Mehrzweckhalle
- 15. Oktober Bern: FDP z'Morge ab 8 Uhr 30 im Kornhauskeller (Jazz-Matinée)
- 16. Oktober Thun: Traditioneller Schlussabend auf Schloss Thunstetten, ab 19 Uhr
- 17. Oktober Bremgarten: Wahlveranstaltung um 20 Uhr im Kirchgemeindehaus
- 19. Oktober Uetendorf: J. P. Bonny spricht zum Thema: «Bernische Wirtschaft unter gesamtschweizerischer Betrachtung» (Rest. Krone um 20 Uhr 15)
- 22./23. Oktober Eidgenössische Wahlen
- 28. Oktober Der «Berner Freisinn», Redaktionsschluss
- 11. November Ausgabe vom 8. November
- 11. November Ausgabe vom 22. November

Abstimmungsvorlagen vom 4. Dezember 1983

Am ersten Adventssonntag werden die Berner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über 9 kantonale Vorlagen abzustimmen haben. Es sind dies:

● **Änderung des Gemeinde- und Kirchengesetzes betreffend Stimmrecht 18** (Den Gemeinden soll erlaubt werden, auf ihrer Ebene das Stimmrechtsalter auf 18 Jahre festzusetzen.)

● **Änderung des Gesetzes über die konzessionierten Transportunternehmen** (Das bestehende Gesetz ist auf Strasse und Schiene zugeschnitten, nun soll auch der Luftverkehr einbezogen werden.)

● **Sanierung des Flughafens Bern Belp** (Verpflichtungskredit für eine massvolle Verlängerung der bestehenden Piste bei gleichzeitiger Erhöhung der Betriebssicherheit und Verringerung der Immissionen.)

● **Genehmigung eines Vertrages mit der BEDAG** (Es handelt sich um ein Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem Kanton Bern — Verwaltung, Universität und Inselspital — und der Industrie auf dem Gebiete der Datenverarbeitung.)

● **Neu- und Umbau des Bezirksspitals Münsingen** (Verpflichtungskredit von 21 Mio. auf Grund des Spitalgesetzes, verteilt auf 5 Jahre.)

● **Erweiterung des Tiefenaspitals Bern** (Verpflichtungskredit von 18 Mio. auf Grund des Spitalgesetzes, verteilt auf 5 Jahre.)

● **Sammelstelle für Sonderabfälle der SOVAG in Brügg** (Verpflichtungskredit zur Erstellung einer zentralen Sammelstelle zur Kontrolle und Sortierung von Sonderabfällen vor deren Weiterleitung an die Verarbeitungs- und Beseitigungsanlagen.)

● **Erweiterung des Zwischenlagers im KKW Mühleberg** (Genehmigung der regierungsrätlichen Vernehmlassung z. H. des Eidg. Verkehrs- und Energiedepartementes.)

● **Vorbereitungsarbeiten für eine neue Strasse zwischen Wimmis und Oey** (Vorarbeiten zur Entflechtung des Verkehrs beim Flaschenhals der «Port» bei Wimmis im Zusammenhang mit Bauarbeiten der BKW.)

Bei diesen neun Vorlagen handelt es sich um drei, die auf Grund des Gesetzes dem Volk unterbreitet werden müssen, sowie aus sechs weiteren, gegen die das Referendum ergriffen wurde (das Zustandekommen des Referendums bei der letzten Vorlage ist noch nicht sicher).

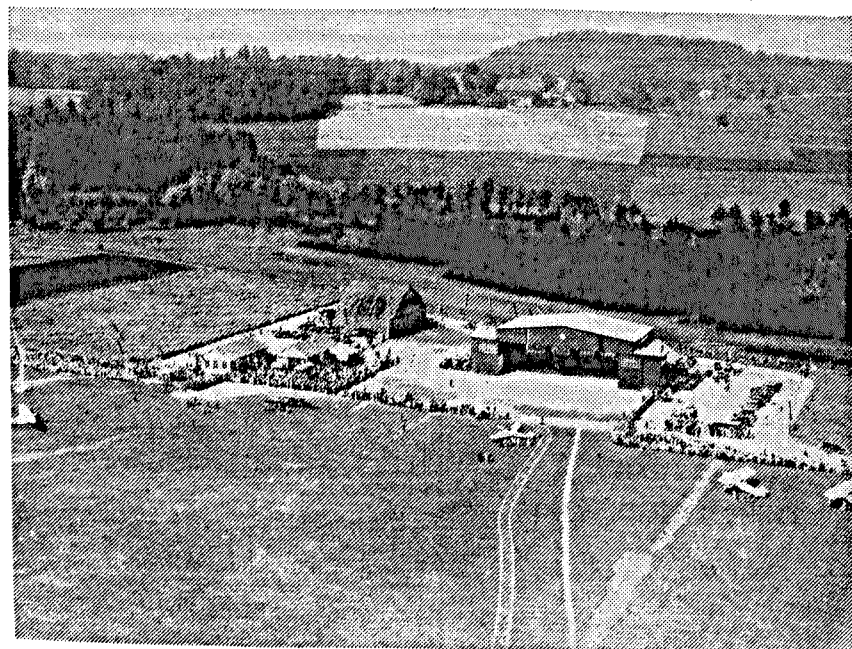
Das Referendum, eines der wichtigsten Volksrechte im Rahmen unserer Demokratie, soll dem Souverän eine Entscheidungsmöglichkeit in wichtigen Fragen sichern. Es stellt sich aber die Frage, ob das Ergreifen des Fakultativen Referendums in Sachfragen, die vom Parlament mit grossem Mehr verabschiedet wurden, nicht zu einem Missbrauch der Demokratie mit allen seinen Konsequenzen führt. Unser Parlament verdient mehr Vertrauen.

Das Volk hat aber die Möglichkeit, hier selber zum Rechten zu sehen: Jeder verantwortungsbewusste Bürger muss sich gut überlegen, wo und für was er seine Unterschrift gibt.

Der Grosse Rat stimmte den oben genannten Vorlagen, gegen die das Referendum ergriffen wurde, wie folgt zu:

Transportgesetz:	116:14
Belpmoos:	102:66
BEDAG:	100:5
Mühleberg:	97:8
SOVAG:	123:9
Wimmis:	158:4

Pierre Rom



Das Belpmoos im Jahre 1929

Fortsetzung auf Seite 12

Ihr Partner für
Planung und Projektierung
Ihrer Büroeinrichtung!

Rudolf Schür & Co AG
Aarberggasse 40, 3011 Bern Tel. 031 22 18 14

Das Fachgeschäft
für Sie und Ihn

Richard Garrels, 3011 Bern
Spitalgass-Passage 16a
Telefon 031 22 07 88

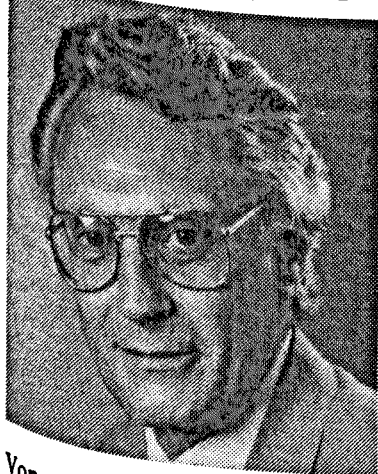
pelze
aus
meisterhand
büchler
Kramgasse 66 Bern

Betonschalttafeln, Gerüstholz
Nut- und Kambretter
BETTSCHEN
Sägerei und Hobelwerk, 3713 Reichenbach Telefon 033 76 17 44

Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Aarau, Präsident der Programmkommission der FDP der Schweiz, zum freisinnigen Wahlprogramm

Dazu stehen wir

Die Delegierten der FDP der Schweiz haben Anfang Mai 1983 in Weinfelden die «Zielsetzungen 1983/87» verabschiedet, die auf breiter Basis vorbereitet worden waren. Sie zeichnen die Marschroute in aktuellen eidgenössischen Fragen für die FDP in der bevorstehenden Legislaturperiode auf. In zehn Schwerpunkten sind die wichtigsten Stossrichtungen knapp und klar festgehalten.



Von vorrangiger Bedeutung ist nach wie vor der Ruf «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat». Dass dieses Postulat noch heute leidenschaftliche Debatten aus-

Die FDP zu den Rücktritten aus dem Bundesrat

Dank an die beiden Magistraten Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat von den Rücktritten der Bundesräte Georges-André Chevallaz und Willi Ritschard Kenntnis genommen; sie weiss die Verdienste der beiden Magistraten zu würdigen. Partei und Fraktion bedauern das Ausscheiden eines ihrer Vertreter aus der Landesregierung unermüdet und mit viel persönlichem Engagement auf verschiedenen Stufen des öffentlichen Lebens für das Wohl unseres Landes eingesetzt. Seine Schulung als Historiker schärfte in ihm den Sinn für grössere Zusammenhänge, wie er auch seine waadländische Herkunft nie verleugnete. So wohl als Chef des Finanzdepartements blieb er in der Sache immer konsequent, dennoch offen zum Gespräch, und lehnte es nie ab, Verantwortung zu tragen. Seine Beweglichkeit und Offenheit, mit der er die schwierigsten Probleme ohne Rücksichtnahme auf Sonderinteressen anging, und Fraktion, sondern in einer weiteren Öffentlichkeit Achtung und Respekt eingetragen. Zur Nachfolgefrage werden die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung sowie die Partei zu gegebener Zeit Stellung beziehen.

planen bauen pflegen
GRÜN statt Grau durch
boesch
Gartenbau
01.83 84

bendisziplin sind für uns zentrale Anliegen. Wir, und damit meine ich besonders uns Parlamentarier, müssen vermehrt gegen unnötige oder übersetzte Ausgabenbeschlüsse ankämpfen. Auch ist vielen das schlechte Gewissen abhandeln gekommen, das uns bei leichtfertigem Geldausgeben plagt sollte.

Wir bekennen uns auch zu einem wirksamen Umweltschutz.

Bei allen Eingriffen in die Natur sind die langfristigen Wirkungen zu berücksichtigen, und aus den gemachten Fehlern und Erfahrungen wollen wir die notwendigen Lehren ziehen. Die Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen ist unseres Erachtens nicht allein eine Aufgabe des Staates. Ebenso braucht es die Einsicht und Bereitschaft der Bürger, sich als Konsumenten und Produzenten verantwortungsbewusst zu verhalten.

In der Wirtschaftspolitik wenden wir uns vehement gegen zunehmende Eingriffe der öffentlichen Hand und gegen falsch verstandene Staatshilfe. Wir brauchen keine Staatswirtschaft, sondern eine gesunde private Wirtschaft, um aus den heutigen Schwierigkeiten herauszukommen. Der Staat kann einiges dazu beitragen, indem er

günstige Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft

schaft, vor allem ein Klima, das die Bereitschaft zu neuen Investitionen und die Bildung von Risikokapital begünstigt. Nur so können die Beschäftigungsprobleme gelöst und unsere Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Weil wir uns für die Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit auch in Zukunft einsetzen, treten wir für eine

realistische Energiepolitik

ein, die sich auf vielerlei Massnahmen abstützt. Dem Energie sparen kommt erste Priorität zu. Dann müssen auch zu starke und einseitige Auslandabhängigkeiten vermindert werden durch Abstützung auf alle zur Verfügung stehenden Energieträger und durch Erschliessung neuer Energiequellen. Die übliche Schwarzweissmalerei sowie die Verknüpfung der Energiefrage mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen

löst, beweist, dass damit ein ganz zentrales Anliegen angesprochen ist. Der Vorwurf, darin komme Staatsfeindlichkeit und soziale Demontage zum Ausdruck, hat nicht verfangen. Wir Freisinnigen sagen Ja zum Staat und möchten ihn dort stark sehen, wo er zur Lösung gesellschaftlicher Probleme nötig ist. Wir wollen ihn aber nicht überall und vor allem dort nicht, wo der Einzelne und die private Gemeinschaft in eigener Verantwortung handeln können.

Weniger Zentralstaat, mehr Substanz und Gewicht für Kantone und Gemeinden,

so lautet ein weiterer Programmpunkt. Nur wo möglichst viele Bürger im Gemeinwesen mitwirken und Verantwortung übernehmen, gibt es eine lebendige Demokratie. Darum treten wir der Tendenz, dem Bund immer mehr Aufgaben und Kompetenzen zu übertragen, entschieden entgegen.

Jedermann in unserem Land will den Frieden. Die Frage ist nur, um welchen Preis. Wir sind nicht bereit, dafür jeden Preis zu bezahlen. In Frage kommt für uns nur ein

Friede in Freiheit.

Wir warnen vor falschen Prophezen und naiven Rezepten. Wenn wir unseren Frieden sichern wollen, dann müssen wir auf die eigene Stärke bauen.

Das wichtigste finanzpolitische Ziel bleibt für uns der

Ausgleich der Bundesfinanzen.

Nur ein Staat mit gesunden Finanzen ist auch ein starker Staat. Die Fortsetzung der Sparanstrengungen und eine bessere Ausga-

Schwerpunkte freisinniger Politik

- Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat
- Toleranz und Gemeinsinn statt Gruppenegoismus
- Frieden und Freiheit in einer Welt der Gewalt
- Umweltschutz — die Herausforderung der Zeit
- Rechtsstaat — Sicherheit für alle
- Eigenständige Kantone und Gemeinden
- Vertrauen in die Wirtschaft — Kampf der Rezession
- Soziale Sicherheit auch morgen
- Sichere und umweltgerechte Energieversorgung
- Kampf dem Steuerdruck

«Dazu stehen wir» — in dieser Broschüre finden Sie nicht nur die «Grundsätze des modernen Liberalismus», das Grundsatzprogramm der FDP der Schweiz, sondern auch die konkreten Postulate der Partei für die nächsten vier Jahre — die «Zielsetzungen 83/87» — sowie die «Schwerpunkte freisinniger Politik».

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Dazu stehen wir» zu. Gratis.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Persönlichkeitswahl oder politischer Entscheid?

Der Nationalratsproporz erfordert von Wählerinnen und Wählern zwei Entscheide. Das System der Parteilisten verlangt vorab die Parteiwahl. Es ist ausschlaggebend für die Zuteilung der Nationalratssitze an die Parteien. Die Kandidatenwahl hat erst in zweiter Linie Bedeutung, nämlich für die Reihenfolge der einzelnen Listenkandidaten. Hier können die Stimmbürger mit handschriftlichen Streichungen und Kumulierungen auf den vorgedruckten Listen oder mit handschriftlicher Aufführung von Kandidaten auf den leeren Wahlzetteln, die unbedingt die Listennummer aufweisen sollten, ihre Präferenzen für einzelne Kandidaten zum Ausdruck bringen. Im weiteren ist das sogenannte Panaschieren erlaubt, das heisst die Stimmabgabe für Kandidaten anderer Parteilisten. Damit wird aber der getroffene Parteiwahl-Entscheid der Wähler abgeschwächt, weil die Linien, die listenfremden Kandidaten zukommen, dessen Partei zugerechnet werden.

Personen sind interessanter als Sachen. Darum locken Wahlen mehr Leute an die Urnen als Sachabstimmungen. Und darum identifizieren die Medien Sachgeschäfte — oft zu Unrecht — mit den Personen. Es gibt eine «Lex Furgler», ein «Departement Friedrich», eine «Kommission Nebiker».

Quer zu dieser Tendenz steht unser Nationalrats-Wahlrecht, der Proporz. Natürlich werden am 23. Oktober 200 Personen an den Urnen bestimmt. Aber das Gesetz schreibt vor, dass vorab die Parteien gewählt werden. Einem jeden Wahlberechtigten werden so viele Partiestimmen zur Verfügung gestellt, als Nationalratssitze in seinem Kanton zu besetzen sind. Nehmen wir als Beispiel Graubünden. Dieser Kanton stellt fünf

Nationalräte. Wenn der Wähler nun hingeht und seine Stimme den fünf von irgendeiner Gruppe empfohlenen Kandidaten gibt, so erhalten beispielsweise die FDP und die SVP je eine, die SP erhält drei Stimmen. Gewählt wird nun aber vielleicht ein anderer SP-Mann, womit dieser Wähler zur Wahl des von ihm nicht gewollten Mannes entscheidend beigetragen hat: er hat ihm nämlich 60 Prozent seiner Stimmkraft gegeben.

Man merke sich: Gezählt wird bei unserem geltenden Nationalratsproporz in erster Linie die Parteifarbe der Kandidaten. Gestützt auf den Parteienbefund wird die Zahl der Vertreter nach der feststehenden Formel auf die Parteien verteilt. Und erst in letzter Linie wird nachgerechnet, welche Namen auf den Parteilisten am häufigsten geschrieben wurden. Erhält eine Parteiliste drei Sitze, so sind die drei «Ranghöchsten» gewählt, erhält sie nur einen, so zieht nur der Rangerste ins Parlament ein. Und erhält die Liste keinen Sitz, dann kann sich der Wähler bzw. die Wählerin ärgern: sie haben an der (Aus-)Wahl eigentlich gar nicht teilgenommen. Ausser die Partei ist mit einer anderen eine Listenverbindung eingegangen.

Auch wenn's Ihnen schwerfällt: Denken Sie also bei den Nationalratswahlen in allererster Linie an die Partei. Und wenn Sie eine Partei ausgewählt haben, so schwächen Sie diese nicht gleich wieder, indem Sie «Fremdlinge» auf die Liste setzen (= panaschieren). Geben Sie vielmehr Ihrer Partei alle Stimmen. Sonst hat Ihre persönliche Parteiauswahl wirklich wenig Sinn.

Dass die Partei Ihrer Wahl die FDP sei, hofft natürlich

Ihr H. R. Leuenberger
Generalsekretär FDP

lehnen wir ab, ebenso wirklichkeitsfremde Rezepte. Unsere Arbeitsplätze sind heute bereits durch die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten bedroht. Wir dürfen sie nicht zusätzlich durch fragwürdige Energieexperimente gefährden.

Unsere Zielsetzungen

sind nüchtern und realistisch, auch realisierbar. Wir sollten ihnen nicht nur zustimmen, sondern uns auch für ihre Verwirklichung einsetzen. Wir haben im Kampf für oder gegen politische Anliegen nachgelassen. Oft ist auch ein Engagement gegen vermeintlich dynamische oder fortschrittliche Ideen nötig und positiv. Ein Nein im rechten Mo-

ment ist alles andere als destruktiv.

Die FDP ist bestrebt, in der neuen Legislaturperiode eine konsequente Politik der Weiterentwicklung des liberalen Bundesstaates

zu vertreten. Sie hat deshalb keine schillernden und utopischen Postulate auf ihre Fahne geschrieben. Was wir wollen, ist die Gewährleistung einer staatlichen Ordnung, in der sich für alle in Sicherheit leben lässt, in der jede Frau ihre und jeder Mann seine Verantwortung trägt und die jedem Einzelnen den grösstmöglichen Freiraum gewährt.

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



SP-Angriffe gegen Bundesrat Friedrich verurteilt

Mit grösstem Befremden hat die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung von den unqualifizierten Angriffen am SPS-Parteitag, insbesondere seitens des SP-Präsidenten Hubacher, gegenüber Bundesrat Friedrich Kenntnis genommen. Sie verurteilt diese Entgleisung gegenüber einem Mitglied der obersten Landesbehörde aufs schärfste. Diese Haltung der SP als Bundesratspartei trägt nicht dazu bei, ein vertrauensvolles Klima der Regierungszusammenarbeit zu gewährleisten. Die FDP-Fraktion stellt fest, dass sich Bundesrat Friedrich in der kurzen Zeit, in der er Mitglied der Landesregierung ist, als mutiger und konsequenter Verteidiger des Rechtsstaates und der Unabhängigkeit unseres Landes erwies. Für diese Haltung verdient er volle Unterstützung.

OSTSCHWEIZ

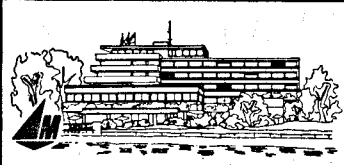
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muse-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool Sauna Fitness
Grosser Parkplatz

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen. Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistik, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit **Ambiance**
(erbaut 1606 – restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie – Café – Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

Reservieren Sie Ihren Tisch im **Viersternhotel** mit **Prachtstage am Zürichsee**
Tel. 055-27 77 77

RESTAURANT FRANCAIS (täglich geöffnet)
Für Feinschmecker und Fischliebhaber kocht
Maitre de Cuisine K. Stiefel und seine Brigade.
MARCO POLO China Restaurant (Montag geschl.)
«Fernöstlich ist köstlich» sagt Tommy Cheng,
unser chinesischer Meisterkoch.

SCHWANEN-BAR 100 gute Drinks bei dezenter Musik.
BANKETTSÄLE für 20 bis 350 Personen.

Dank Erfahrung in der Praxis lösen wir auch heikle Vertragsprobleme.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

Weltweit guten Ruf!

Unser umweltfreundliches Fabrikationsprogramm steht vorzugsweise im Dienste der Welternährung.

Der Anlagenbau in aller Herren Ländern erlaubt uns einen wichtigen Beitrag an den schweizerischen Export zu leisten.

GEBRÜDER BÜHLER AG
CH-9240 Uzwil/Schweiz



BÜHLER

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk im Uebermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, (Tel. [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

**St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG**
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz



FIFFP03508

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

Das Mass an Sicherheit bestimmen Sie!

SICHERHEIT

Wir sorgen für Massarbeit in Sicherheitsfragen.

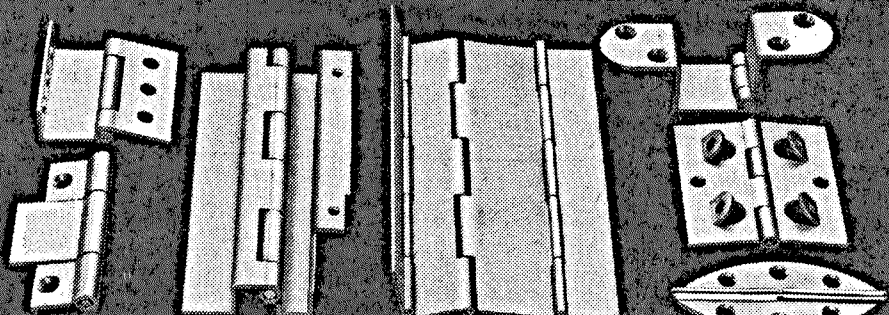


BIGLER
Alarmsysteme
Brandmeldeanlagen
Fernsehüberwachung
Zutritt/Gleitzeit

WERNER BIGLER AG, 8887 Mels, 085 2 47 35 / 8032 Zürich, 01 251 11 58 (Filiale)



Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG
Zürich 01-4 62 62 62



Scharniere

VonDach+Co

Metallwarenfabrik – 3250 Lyss

Beratung – Konstruktion – Eigener Werkzeugbau

Tel. 032 84 27 42

Introduction
EHE-PARTNERWAHLINSTITUT
für Anspruchsvolle seit 1956.
Frau M. Th. Kläy
3001 Bern, Neuengasse 45
Tel. 031/22 21 12 / 22 08 39
Überregional / International
Staatlich eingetragen und Mitglied
des bern. Gewerbeverbandes.
Verlangen Sie bitte die Unterlagen.
Kein Vertreterbesuch.

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



Bundesrat Friedrich im Gespräch mit dem «Freisinn»

«Auf nicht wirklich Dringendes verzichten»

Seit Beginn dieses Jahres gehört Dr. Rudolf Friedrich der Landesregierung an. In einem Gespräch mit dem «Freisinn» nahm der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) Stellung zu aktuellen Fragen. Im Vordergrund standen dabei das weitere Vorgehen in der Frage der Totalrevision der Bundesverfassung, die Ausländer- und Asylpolitik des Bundesrates sowie die Konsequenzen, die die Landesregierung aus der zunehmenden Spionagetätigkeit gegenüber der Schweiz zieht. Zur Sprache kamen aber auch das grosse Thema der Hektik in der Gesetzproduktion sowie das Ausmass der Staatstätigkeit.

Ist für den Bundesrat die Totalrevision nicht mehr aktuell? Was hat sich für die Landesregierung gegenüber 1966, dem Zeitpunkt der Einreichung der beiden parlamentarischen Vorstösse auf eine Totalrevision, geändert?

Die Totalrevision bleibt zwar aktuell. Aber das Klima dafür ist in der Zwischenzeit merklich kühler geworden. Bevor das Projekt mit grossem Aufwand weitergemacht werden soll, muss die Gelegenheit zu einem Grundsatzentscheid erhalten.

Der Bundesrat will dem Parlament einen Zwischenbericht zukommen lassen. Was wird darin stehen?

Wir werden die bisherigen Arbeiten und ihre Resultate darstellen und insbesondere zur Frage «Totalrevision Ja oder Nein?» einlässliche Stellung nehmen.

Das EJPD hat nach dem ursprünglichen Expertenentwurf noch unter Ihrem Vorgänger einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet. Wann wird dieser publiziert?

Der Entwurf des EJPD wird zusammen mit dem Expertenentwurf als Anhang zum erwähnten Zwischenbericht publiziert werden.

Ausländer- und Asylpolitik

Der Ausländerbestand ist in den letzten Jahren wieder angestiegen. Parallel dazu sind vermehrt wieder fremdenfeindliche Strömungen zu spüren. Wie sehen Sie die Zukunft?

Die konsequente Stabilisierung muss innert kürzester Frist wieder erreicht werden. Entsprechende Massnahmen sind eingeleitet; erste Resultate haben sich bereits eingestellt.

Das Ausländergesetz ist gescheitert. Wann und mit welcher Zielsetzung werden Sie diesen Problembereich wieder anpacken?

Vorläufig gibt es keine tragfähige Basis für einen neuen Entwurf. Das Gesetz ist in der Volksabstimmung vom 6. Juni 1983 von zwei Seiten zum Opfer gefallen. Würde man die Gewichte nach der einen Seite hin verschieben, würde automatisch die Gegnerschaft auf der anderen Seite anwachsen. Wir arbeiten daher bis auf weiteres mit den bisherigen Rechtsgrundlagen.

Zu einem neuen brennenden überfremdungspolitischen Thema wurde die Frage der Asylpolitik. Wie ist die zahlenmässige Entwicklung in den letzten Monaten verlaufen?

In den letzten Jahren hat die Anzahl der Gesuche sprunghaft zugenommen: 1979: 1822 / 1980: 3020 / 1981: 4226 / 1982: 7135. Im ersten Quartal 1983 wurden 1589 neue Asylgesuche eingereicht, nach dem zweiten Quartal waren es 3221. Ende des dritten Quartals dürften es ca. 5200 neue Gesuche sein. Zurzeit warten insgesamt rund 9000 Personen auf einen Asylentscheid.

Der Bundesrat hat die Botschaft über eine Teilrevision des Asylgesetzes zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Glauben Sie, dass

nun geändert, seit Sie Mitglied der Landesregierung sind?

In keiner Weise. Ich versuche, auf nicht wirklich Dringendes zu verzichten. Als Beispiel ist der Verzicht auf einen Waffenartikel in der Bundesverfassung und das entsprechende Waffengesetz zu erwähnen. Verzichtet wird vorläufig auch auf ein Gesetz über finanzielle Leistungen an internationale Organisationen und Institutionen.

Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für diese Gesetzesflut?

Wir alle. Die Parlamentarier reichen jede Session unzählige Vorstösse mit Begehren nach neuen Vorschriften ein. Zurzeit sind 23 Volksinitiativen hängig. Weitere fünf sind angekündigt. Auch zahlreiche Verbände unterbreiten fortgesetzt Begehren nach neuen Normen. Selbstverständlich kommen auch viele Anstösse aus der Verwaltung, über die sich der Bundesrat schlüssig werden muss. Immerhin gibt es sehr viele berechnete Forderungen, insbesondere nach Revision überholter Erlasse, beispielsweise des Strafbuch, des Aktienrechtes im Obligationenrecht und des Bundesbeschlusses über den Grundstückserwerb von Ausländern.

Wo sehen Sie in Ihrem Departement konkrete Möglichkeiten, das Tempo des Gesetzgebers zu bremsen?

Wir verzichten für die nächste Legislaturperiode auf eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die nicht von erstrangiger Bedeutung sind. Dafür möchten wir wichtige Vorlagen konsequent durchziehen.

Zurückhaltung und Mass im Interesse des Bürgers

Wo sehen Sie gegenwärtig die Schwerpunkte in Ihrer Eigenschaft als Vorsteher des EJPD?

In der Gesetzgebung sind zwei Schwerpunkte das neue Aktienrecht und die Kodifikation des internationalen Privatrechts. Im Bereich Strassenverkehr ist der Entscheid über Tempo 50 innerorts

zu fällen, und es ist das komplexe Problem der Verminderung der Motorfahrzeug-Abgase weiter zu bearbeiten. Im Zivilschutz sind die Ausbildung und der Bau weiterer Anlagen voranzutreiben. In der Raumplanung geht es um die Prüfung und Koordination der kantonalen Richtpläne.

Welche Aufgaben sehen Sie längerfristig auf Sie und das EJPD zukommen?

Abgesehen von der notwendigen Anpassung wichtiger Erlasse wird das EJPD weiterhin einen wesentlichen Beitrag an den Schutz und die Sicherheit des Staates und der öffentlichen Ordnung leisten müssen. Diesen Interessen wird auch die notwendige Verbesserung und saubere rechtliche Verankerung des Datenschutzes Rechnung tragen. Im weiteren werden Aspekte des Schutzes unserer natürlichen Umwelt sowie eine schonende, zweckmässige Nutzung des Bodens das Departement auch in Zukunft intensiv beschäftigen. Schliesslich müssen wir Lösungen finden, um die eidgenössischen Gerichte auf Dauer zu entlasten und eine qualitativ hochstehende Rechtsprechung weiterhin zu gewährleisten. Man darf mit dem richterlichen Schutz nicht übertreiben. Auch in diesem Bereich liegen Zurückhaltung und vernünftiges Mass im Interesse des Bürgers.

Nowosti und Spionage

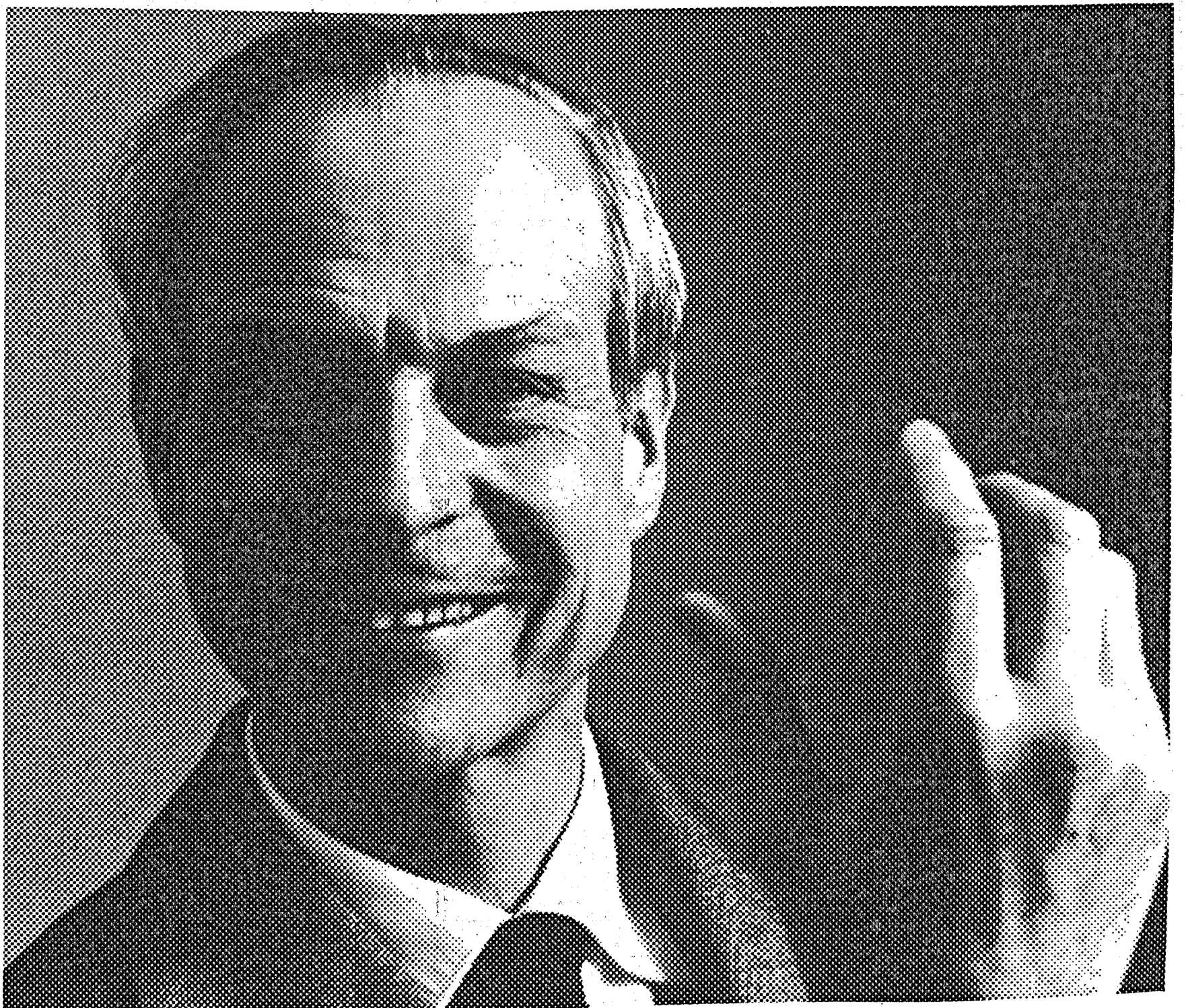
Der Fall Nowosti ist noch in bester Erinnerung. In der Sommersession haben Sie zudem das Parlament über ein umfangreiches Spionageunternehmen gegen die schweizerischen Militärflugplätze orientiert. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung einerseits aus dieser fortgesetzten Spionagetätigkeit sowie andererseits aus unzulässigen Beeinflussungsversuchen ausländischer Mächte?

Der Bundesrat hat mit dem Nowosti-Entscheid klargemacht, dass wir uns nicht von ausländischen Institutionen manipulieren lassen. Wir werden da auch künf-

Rudolf Friedrich: Geboren am 4. Juli 1923. Bürger von Winterthur. Schulen in Winterthur. Studium der Rechte und der Nationalökonomie an der Universität Zürich. Dr. iur. 1948. Zürcherisches Anwaltspatent 1951. Von 1947 bis 1952 Auditor und Substitut an zürcherischen Bezirksgerichten und Mitarbeiter in der Privatwirtschaft. Von 1952 bis 1957 Mitarbeiter in einem Zürcher Anwaltsbüro, seit 1957 eigene Anwaltspraxis in Winterthur. Von 1962 bis 1975 Mitglied des Grossen Gemeinderates Winterthur, von 1967 bis 1977 Kantonsrat. Nationalrat seit 1975. Militärischer Grad: Hptm. Am 8. Dezember 1982 Wahl in den Bundesrat. Seit 1. Januar 1983 Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes.

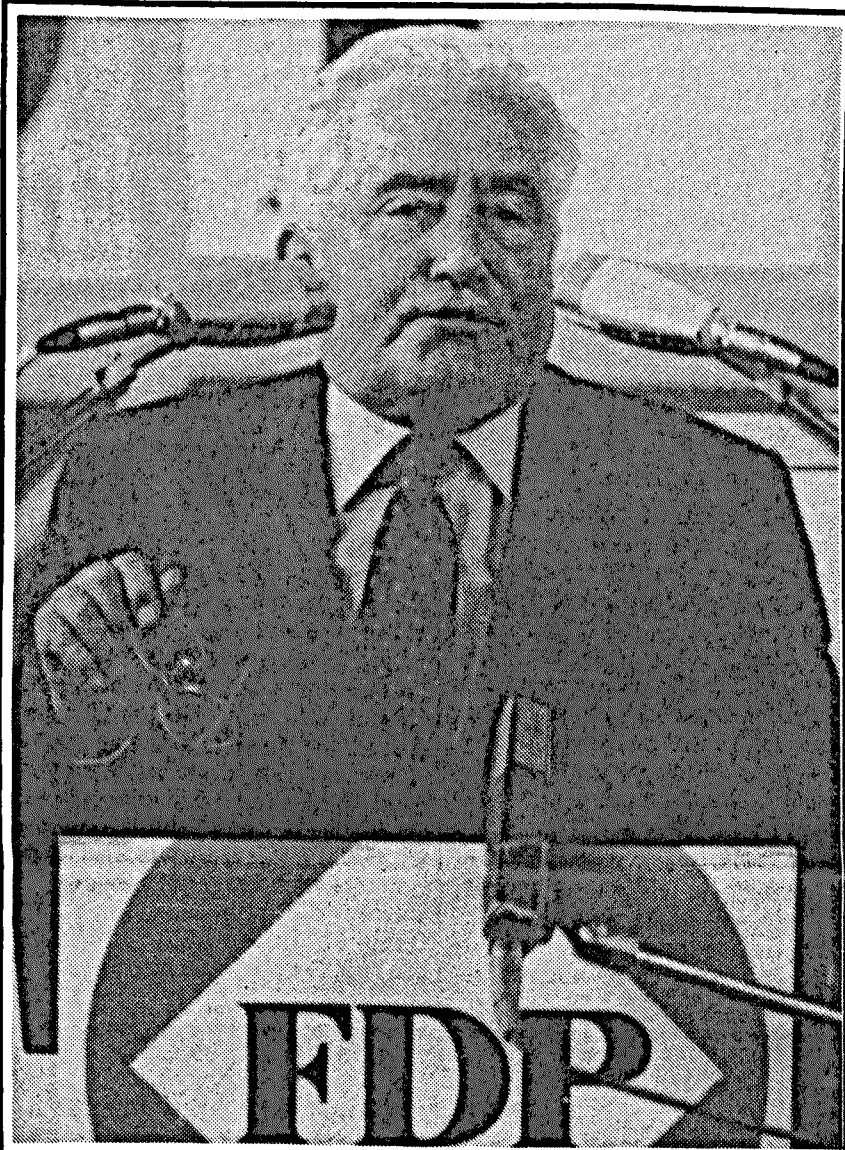
e. li. m. i. r.

tig hart und konsequent bleiben. Die ausgedehnte Spionage der Ostblockstaaten gegen militärische Anlagen und solche der Infrastruktur zeigt, dass auch gegen uns militärische Vorbereitungen getroffen werden. Wir haben daher allen Grund, unsere sicherheitspolitischen Massnahmen auf politischem und militärischem Gebiet weiterzuführen, und dürfen uns von Fehleinschätzungen, welche die politisch-militärische Situation in Europa verharmlosen, nicht verwirren lassen.



FDP - die liberale Kraft.

Wahlkundgebung in Burgdorf



Welche Freiheit?

«Die Freiheit liegt zweifellos nicht im Kollektivismus, wo das System mit dem Gewicht des totalitären Staates den Menschen erdrückt.

Die Freiheit ist aber auch nicht der Vorsorgestaat, gepflastert mit den besten Absichten wie der Weg zur Hölle, für alles sorgend, uns von der Geburt bis zum Tode in Sicherheit wählend, uns aber mit Händen und Füßen in ein immer enger werdendes Netz von Verfassungstexten, Gesetzen, Erlassen, Verordnungen, Reglementen und juristischer Inflation verstrickt. Wir dürfen die Entscheidungen nicht anonymen und willkürlichen Büros, unzähligen und ungreifbaren Rekursinstanzen oder Experten, die nur allzu schnell der Angst politischer Verantwortung erliegen, überlassen.

Die Freiheit ist ein Gleichgewicht, lebendig und schwierig, zwischen oft sehr unterschiedlichen Interessen. Der Staat muss sich diese weder zu eigen machen noch sie in den Kanülen einer dienstfertigen und unbeholfenen Administration ersticken lassen. Er muss sich als Schiedsrichter betätigen, die Grenzen aufzeigen und eine ausgewogene Solidarität anstreben.

Der Bund muss mit Entschlossenheit jene fundamentalen Kompetenzen wahrnehmen, die ihm zustehen. Er muss dazu die Mittel haben. Aber wenn wir diesem Land die politische Lebendigkeit und seine persönli-

chen Initiativen in der Wirtschaft bewahren wollen, muss der Bund den Kantonen, den Unternehmen, den Sozialpartnern und dem Individuum einen wesentlichen Teil der Kompetenzen und der Verantwortungen belassen.

Die Freiheit ist auch kein Feuerwerk von individuellen Egoismen, die Explosion einer anarchisierenden Zusammenhanglosigkeit, die Verneinung aller Institutionen und aller Traditionen. Die Freiheit ist ein Experiment des Verstandes klar und freiwillig, die Rechte und Pflichten abwägend. Sie stellt sich in den Rahmen der Gemeinschaft, jener der Gemeinde, des Kantons und des Landes, seinen Lebensbedingungen, seiner Geschichte und seiner Erwartungen. Sie ist weit entfernt, alle Kapriolen des Geistes gewähren zu lassen. Die Anstrengung für mehr Freiheit verlangt nach mehr Verantwortung, nach dem Sinn für allgemeine Solidarität, die Bestätigung der Existenz dieser Gemeinschaft, ihr Wille zur Verteidigung, weil es kein Land gibt, dessen Existenz für ewig verbürgt ist, wenn es nicht den Willen und die Fähigkeit hat, sich zu verteidigen. Denken wir an das gegen die fremden Mächte strampelnde Libanon. Denken wir an die Wiedererlangung der Freiheit jener Länder, die sie 1940 verloren haben.»

Bundesrat Georges-André Chevallaz an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf



Über 1000 Freisinnige aus allen Landesteilen legten an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf Zeugnis davon ab, dass die liberalen Kräfte in diesem Lande noch lebendig sind. Vorgängig der politischen Manifestation, an der auch Ständerat Arthur Hänsenberger (BE), Nationalrätin Elisabeth Kopp (ZH) sowie Nationalrat Pier-Felice Barchi (TI), Vizepräsident von Partei und Fraktion, sprachen (untere Bilderreihe von links nach rechts), führte ein Umzug die Teilnehmer vom Bahnhof zur Markthalle. Auf unserem Bild (oben) sind v. l. n. r. zu erkennen: Andreas Marti, Nationalrat Barchi, Bundesrat Chevallaz, alt Ständerat und alt Parteipräsident Dr. Eugen Dietschi. Rechts neben Bundesrat Friedrich Nationalrat Dr. Paul Wyss, Nationalratspräsident Dr. Franz Eng und Dr. Monika Notter.

«Jeder von uns vertritt seinen eigenen Freisinn. Wir sind ein Haufen unmanipulierbarer Individualisten. Aber auch wenn jeder von uns einen eigenen Freisinn hat, so denkt doch keiner, es gebe nur seine Auffassung. Freisinnig sein heisst, die leuchtende Farbe der Toleranz zeigen. Wir Freisinnige passen in kein Schema; wir wollen im ganzen Land eine Volkspartei sein mit weiter Oeffnung, mit grosser Spannweite. Minderheiten, unbequeme Mahner, junge Leute müssen bei uns zu Wort kommen. Anliegen von Minderheiten müssen bei uns offen dargelegt und diskutiert werden können.»

Ständerat Arthur Hänsenberger (Oberdiessbach BE) an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf





Ja zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung

«An der internationalen Grosswetterlage ändert die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid trotz einigen erfreulichen Resultaten wenig. Die weltpolitischen Gegensätze sind nach wie vor dieselben, und wir sehen uns — etwa im Nahen Osten und am Persischen Golf — weiterhin auch regionalen Krisenherden gegenüber, die sich von einem Tag auf den andern ausweiten können. Auch in Europa ist nichts Grundlegendes anders geworden.»

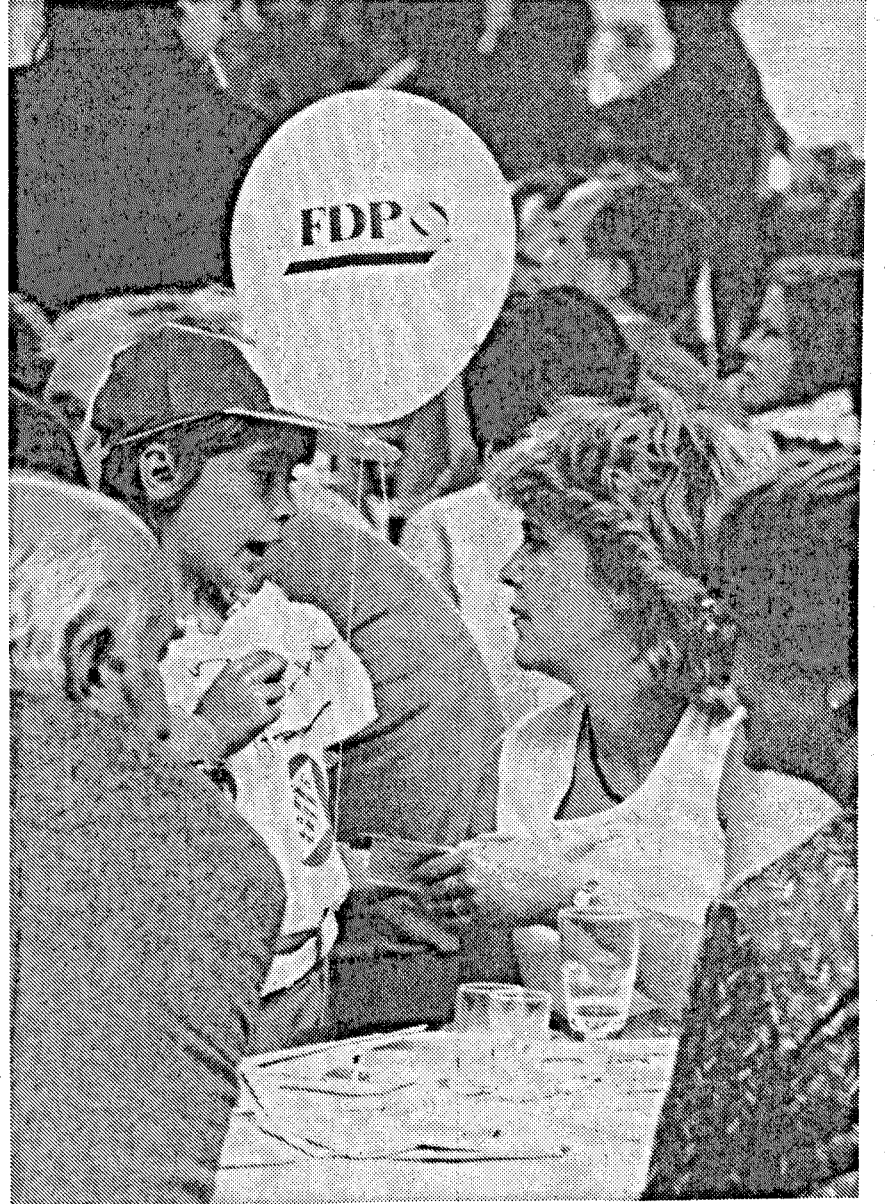
So bleiben denn auch trotz Friedensdiskussionen unsere sicherheitspolitischen Bedürfnisse dieselben. Der Einsatz der FDP für eine wirksame Landesverteidigung ist angesichts der in Zentraleuropa konzentrierten militärischen Kräfte weiterhin richtig und wichtig. Mit seinem vor kurzem gefassten Beschluss, einen neuen Kampfpfänger in erheblicher Stückzahl zu beschaffen, hat sich der Bundesrat einmal mehr mit aller Deutlichkeit zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung bekannt. Das vom EMD in überzeugender Weise vorbereitete Vorhaben verlangt beträchtlichen finanziellen Einsatz. Es ist aufwendig, aber unerlässlich. Unsere Verteidigung basiert auf dem Zusammenwirken eher ortsgebunden eingesetzter Kräfte mit beweglichen Elementen, und wir müssen diese beweglichen Elemente modernisieren, wenn wir mit der

steigenden Mobilität eines möglichen Angreifers zu Lande und in der Luft wenigstens einigermaßen mithalten wollen.

Das Echo auf den bundesrätlichen Entscheid war denn auch überwiegend positiv, und wenn vereinzelte Stimmen dahin gingen, es wäre besser, diese Beiträge zum Ausbau des Sozialstaates und des Umweltschutzes zu verwenden, so muss man wieder einmal an die elementare Tatsache erinnern, dass dieses Land nur so lange Sozialpolitik und Umweltschutz betreiben kann, als es frei und unabhängig bleibt.

Unsere Landesverteidigung, die rein defensiv ausgerichtet ist, steht nicht im Gegensatz zu einer Politik des Friedens, wie das gelegentlich behauptet wird. Das Gegenteil ist richtig. Man erkaufte nämlich den Frieden nicht, indem man die Freiheit aufs Spiel setzt. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Wirklicher Friede kann es überhaupt nur in Freiheit geben. Schauen Sie sich in der Welt um und überlegen Sie, ob in unterdrückten Ländern Friede herrsche. Wahrer Friede und Freiheit gehören zusammen, und es muss denn auch das oberste Ziel unseres Landes bleiben, diesen Frieden in Freiheit zu bewahren.»

Bundesrat Rudolf Friedrich an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf



Die Freisinnigen zeigten, dass es die grosse schweizerische FDP-Familie tatsächlich gibt. Dichtgedrängt sassen sie in der Markthalle (Bild unten links). Pointiert zu Fragen der Finanzpolitik äusserte sich der freisinnige Genfer Finanzdirektor Robert Ducret (ganz oben). Die Grüsse der Stadtpartei Burgdorf überbrachte deren Präsident, Andreas Marti. Dass Gross und Klein dabei waren, zeigt unser Bild rechts oben. Auch alt Bundesrat Ernst Brugger war in Burgdorf: auf dem Bild im Gespräch mit FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger (rechts), dazwischen die Bundesräte Friedrich und Chevallaz sowie Andreas Marti. Durch das unterhaltende Nachmittagsprogramm führte Max Rüeger (rechts unten).

(Photos ruti)



«Gestatten Sie mir eine Bemerkung, die ich mir um so eher erlauben kann, weil ich kaum im Verruf stehe, die Anliegen des Umweltschutzes zu wenig konsequent zu vertreten. Neben den Umweltschutz treten gleichwertige Rechtsgüter wie beispielsweise die Rechtssicherheit, unsere persönliche und politische Freiheit und unser sozialer Friede. Jede Energie- oder Umweltpolitik, die auf eine prinzipielle Aenderung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung abzielt, ist allein aus diesem Grund abzulehnen. Vieles deutet daraufhin, dass überhaupt nur freiheitliche Systeme und eine funktionierende Marktwirtschaft in der Lage sind, die energie- und umweltpolitischen Probleme zu lösen. Aber eine grössere Anstrengung als bisher ist unerlässlich.»

Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zumikon ZH) an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf.



Wie die FDP Arbeitsplätze sichern will

Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze

Mit verbesserten Rahmenbedingungen möchte die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) die stagnierende Wirtschaft langfristig wieder auf Erfolgskurs bringen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Sie hat deshalb unter dem Titel «Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze» Thesen und Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze an einer Pressekonferenz vorgestellt.

Die Schweiz sei in erster Linie aus Gründen, die sie nicht beeinflussen konnte, in den Strudel der weltweiten Rezession geraten, erklärte Parteipräsident Yann Richter vor der Presse. Er nannte unter anderem die Folgen des Erdölshocks, die Destabilisierung des internationalen Währungssystems, die technologische Entwicklung und das Eindringen der Mikrotechnologie in konventionelle Bereiche der Industrie. Dadurch hätten sich die Rahmenbedingungen der einheimischen Wirtschaft zunehmend verschlechtert, was zu einer allgemeinen Investitionsschwäche als Hauptursache der momentanen Stagnation geführt habe.

Nicht immer der Staat

Für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung bedarf es nach Ansicht der freisinnigen Wirtschaftsthese der Privatinitiative, der unternehmerischen Risikofreude und des Mutes zu Investitionen und Innovationen. Der Staat könne der Wirtschaft diese Aufgabe nicht abnehmen, aber jene Stabilität und jenes Klima schaffen, das die Marktwirtschaft zur Entfaltung der ihr innewohnenden Kräfte brauche.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört nach Ansicht der FDP ein günstiges Zinsniveau; auch aus wirtschaftlicher Sicht müssten deshalb die öffentlichen Defizite begrenzt bleiben und die Staatsfinanzen über Sparanstrengungen und über Bremsmechanismen in Ordnung gebracht werden. Auch die Sozialwerke seien zu konsolidieren, wobei der Wirtschaft und den Erwerbstätigen keine wesentlichen Zusatzbelastungen erwachsen dürften. Grosse Teile der Wirtschaft bekundeten immer mehr Schwierigkeiten mit der Bewältigung von staatlichen Auflagen und Vorschriften. In der gesamten Gesetzgebungspolitik sei deshalb eingehend zu prüfen, welche Konsequenzen sich für die

Bewältigung durch die Wirtschaft, insbesondere durch Klein- und Mittelbetriebe, ergäben.

Konkrete steuerliche Massnahmen

Im Zentrum der von der FDP unterbreiteten konkreten wirtschaftspolitischen Massnahmen steht die Steuerpolitik. Dabei war man sich, nach Aussagen des Lu-



FDP-Nationalrat Kaspar Villiger, Pffikon LU

zerner Nationalrats Kaspar Villiger, der Tatsache bewusst, dass die Steuerbelastung so umzubauen und zu verlagern ist, dass positive Impulse für die Wirtschaft ohne gravierende Steuerausfälle für den Staat möglich werden. Als dringliches Postulat nannte Villiger die Ausmerzung der sogenannten «taxe occulte». Diese Mehrfachbesteuerung benachteilige schweizerische Exporteure gegenüber ausländischen, weil die Warenumsatzsteuer nicht wettbewerbsneutral sei. Bei Wegfall der Taxe occulte würden Steuereinnahmen von 1,1 Milliarden Franken fehlen, die nach Ansicht der FDP durch eine Besteuerung der Energie mit der Warenumsatzsteuer und die Besteuerung der baugewerblichen Leistungen zum vollen Satz kompensiert werden sollen.

Im weiteren setzen sich die FDP-Thesen für eine Reduktion

Die oben erwähnten FDP-Wirtschaftsthese «Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze» sind zusammen mit mehreren Beiträgen prominenter Autoren über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» zusammengefasst worden. Sie können diese mit untenstehendem Talon beziehen.

Bitte senden Sie mir ... Ex. der «Politischen Rundschau» mit den FDP-Wirtschaftsthese. Den Betrag von Fr. 5.— je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem beiliegenden Einzahlungsschein überweisen.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

der Stempelabgabe von drei auf ein Prozent ein, was rechnerisch Steuerausfälle von rund 126 Mio. Fr. mit sich bringen würde. Von einer solchen Massnahme erwartet die FDP andererseits jedoch eine Wiederbelebung von Kapitalerhöhungen in der Schweiz, so dass ihrer Ansicht nach kaum Ausfälle entstünden. Ferner werden eine bessere steuerliche Verrechnung von Verlustvor- und Verlustrückträgen, die Abschreibung auf Wiederbeschaffungsreserven und die Uebertragung von stillen Reserven auf Anlagen bei der Ersatzbeschaffung verlangt.

Dreizehn Thesen

Die FDP versteht ihre Thesen und Vorschläge als Alternative zu punktuellen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, wie etwa der Innovationsrisikogarantie, die sie ablehnt. Zu dreizehn Stichworten finden sich im Papier unter anderem folgende Sätze:

- **Wettbewerb:** Die Preisüberwachung ist so zu gestalten, dass damit der freie Wettbewerb nicht behindert wird.
- **Kostenstabilität:** Die Sozial- und Steuerpolitik hat sich in absehbarer Zeit auf möglichst kostenneutrale Massnahmen zu beschränken. Der starre Indexautomatismus ist zu lockern.
- **Eigenkapital:** Es sind Wege zu suchen, die die Anlage in Risikopapieren für breite Kreise attraktiv machen.
- **Investitionen:** Je grösser der Anteil der Investitionen, desto grösser die Chancen, den Wohlstand von morgen zu vergrössern.
- **Innovation:** Die mit der Innovation zusammenhängenden Probleme können von der Wirtschaft selber bewältigt werden.
- **Strukturwandel:** Weniger und einfachere Vorschriften fördern die Transparenz der Gesetze und die Flexibilität der Betriebe.
- **Löhne:** Die Festsetzung der Löhne ist grundsätzlich eine Aufgabe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
- **Sozialwerke:** Es gilt, die Sozialwerke auf ihrem heutigen Ausbaustand zu erhalten, die Finanzierung muss gesichert werden.
- **Bildung und Forschung:** Kleinen und mittleren Unternehmungen ist der Zugang zu den staatlichen Forschungsergebnissen organisatorisch zu erleichtern.
- **Umweltschutz:** Die Marktwirtschaft hat bewiesen — im Gegensatz zu sozialistischen Staaten —, dass sie die ökologischen Probleme bewältigen kann.
- **Geld und Währung:** Die Budgetpolitik der öffentlichen Hand ist so zu gestalten, dass die Haushaltsdefizite keine inflationären und zinstreibenden Effekte auslösen.
- **Aussenhandel:** Dem Protektionismus ist ein konsequenter Kampf anzusagen.
- **Arbeitsmarkt:** Der beruflichen Nachwuchsförderung kommt absolute Priorität zu. Die Arbeitsmarktpolitik hat die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern.

Bei der Behandlung des Steuerharmonisierungsgesetzes und des Gesetzes über die direkte Bundessteuer will die FDP alle Vorschläge bekämpfen, die die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verschlechtern könnten. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Beteiligungsgewinnsteuer wird deshalb nicht akzeptiert. Die mittelfristig zu verwirklichenden Massnahmen zielen vor allem auf die Eliminierung oder Milderung der Doppelbesteue-

Gute Botschaft für einheitlichen Schuljahrbeginn

Gerechtfertigte Bundeslösung

Der Bundesrat hat seine Stellungnahme zur Volksinitiative für die Koordination des Schuljahrbeginns zuhanden der eidgenössischen Räte veröffentlicht. Er unterstützt das Anliegen der Initianten. Der Präsident des Initiativkomitees, FDP-Nationalrat Burkhard Vetsch (Balgach SG), nimmt dazu Stellung:

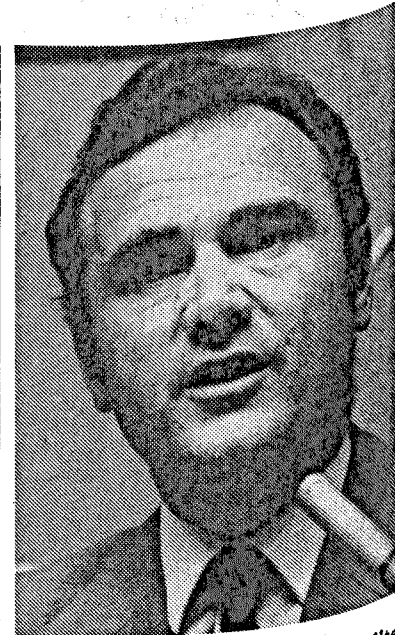
Der Bundesrat konnte sogar, gestützt auf das sehr positive Echo im Vernehmlassungsverfahren, sowohl was die Vereinheitlichung wie die Jahreszeit anbelangt, noch einen wichtigen Schritt weitergehen. In die Bundesverfassung soll nun der bestimmte Satz aufgenommen werden: «Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte September». Damit wäre dann ein zusätzlicher Gesetzeserlass nicht mehr nötig.

Fassung des Bundesrates richtig

Die Initianten wollten dem Bund in einem ersten Schritt die Kompetenz zur Festlegung des Schuljahrbeginns in allen Kantonen geben. Die Frage des Zeitraums scheint uns unwesentlich. Wir wollten und konnten deshalb diese für die politische Diskussion noch offen halten. Nachdem nun die Vernehmlassung als wichtiger Teil der Meinungsbildung eine stark überwiegende Zustimmung zum Spätsommer ergeben hat, erachten wir die endgültige Fassung des Bundesrates auf Verfassungsstufe als richtig. Somit handelt es sich nur um einen formellen Unterschied zwischen Initiative und Gegenvorschlag, die Zielsetzung ist genau dieselbe. Deshalb konnten wir dem Bundesrat erklären, dass wir die Initiative zugunsten seines Gegenvorschlages zurückziehen werden, wenn dieser vom Parlament gutgeheissen wird.

Föderalismus contra Bundesstaat?

Als unermüdlicher Kämpfer für die Erhaltung kantonaler und kommunaler Eigenständigkeit hat



mich natürlich die häufig gestellte Frage, ob da nicht unnötig in die Schulhoheit der Kantone eingegriffen werde, von Anfang an beschäftigt. Ich habe deshalb immer mit Nachdruck, auch namens des Initiativkomitees, den Konkordatsweg befürwortet. Als Alternative dazu haben die Initianten diese minimale, klar abgegrenzte organisatorische Massnahme durch den Bund vorgeschlagen. Sie gestattet dem Bund keinerlei Aktivitäten und beeinträchtigt deshalb die Gestaltungsfreiheit der Kantone im Bildungswesen nicht. Sie ist im Interesse der durch die heutige Situation zahlreich Benachteiligten gerechtfertigt. Es ist nun zu hoffen, dass diese begründete Zielsetzung bald gesamt-schweizerisch erreicht werden kann, um den Familien und Schülern eine unnötige Schwere und Schulortswechsels zu ersparen.

rung des Gewinns bei Aktiengesellschaften ab.

Das Nein zur Innovationsrisikogarantie

Der Schaffhauser Nationalrat Kurt Schüle begründete an der Pressekonferenz nochmals das Nein der FDP zur Innovationsri-



FDP-Nationalrat Kurt Schüle, Schaffhausen

sikogarantie. Die Risikokapitalbildung zu fördern sei zu begrüs-

sen, aber die Vorlage des Bundesrates schlage den falschen Weg ein. Nur wenn sich die Gewinnaussichten entscheidend verbesserten, könne mit nachhaltiger Investitionsbelebung gerechnet werden. Neben ordnungspolitischen Einwänden — die Innovationsrisikogarantie wäre ein direkter Eingriff in Marktmechanismen, würde Verantwortungen verwirren und zu Wettbewerbsverzerrungen führen — erhebt die FDP auch praktische Bedenken. Sie zweifelt an der Funktionsfähigkeit der Milizkommission und an der fachgerechten Beurteilung der Marktchancen von Projekten im Frühstadium. Sie befürchtet ein weiteres Anwachsen der Bürokratie und die Gefahr der Kumulation schlechter Risiken beim Alternativen Fonds. Neben den Wirtschaftsthese enthalten sind, richtet sich vor allem an die Banken der Appell, nicht nur Sanierungshilfen, sondern vor allem auch zukunftsgerichtete Innovationen zu fördern.

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

JVONTOBEL & CO.

Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Die Miesmacher

SP-Seelenlage nun schwarz auf weiss

Einen «entlarvenden Faktenordner» kündigte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) an. Was sie präsentiert, ist tatsächlich entlarvend. Nur entlarvt sich die SP mit ihrer Schrift «Weniger Staat oder Wohlfahrtsstaat?» selbst. Die Partei, die seit Jahrzehnten mit zwei Mitgliedern in der Landesregierung vertreten ist, die die drittgrösste Fraktion stellt, die (noch) wähleranteilmässig die stärkste Partei ist, die mit unzähligen Chefbeamten Top-Positionen in der Verwaltung besetzt, schleicht sich in diesem die schlechte Verfassung der SP reflektierenden Traktätschen aus der (Mit-) Verantwortung an diesem Staat.

Die SP, die in den letzten Jahren mit penetranter Aufdringlichkeit die (unzutreffende) Behauptung von der bundesratsreuesten Regierungspartei verbreitete, nimmt plötzlich von dieser Aussage Abstand. Sie will nichts mehr davon wissen, dass sie an allen Entschieden mitbegepflichtet hat. Und wo sie nicht einverstanden war — namentlich bei den Bemühungen, den Bundeshaushalt auch über

die Ausgabenseite zu sanieren —, musste sie erfahren, dass die Mehrheit der Stimmbürger sich nicht ihr anschloss. Diese Tatsache grämt offensichtlich die SP, die sonst so gerne das Lied von der Respektierung demokratischer Spielregeln in den höchsten Tönen singt.

Mit Statistiken lässt sich alles beweisen. In diesem Sinne handelt die SP mit ihrer Schrift. Wahllos werden aus dem Zusammenhang gerissene Zahlenreihen aufgelistet und freizügig kommentiert. In Ermangelung entsprechender schweizerischer Literatur wird ausländische zitiert und auf ausländische verwiesen. Als ob sich alles und jedes mit dem Ausland vergleichen liesse. Im weiteren werden alte Klischees kolportiert und zum x-ten Male die gleichen Schauermärchen aufgetischt, die durch die stete Wiederholung nicht glaubwürdiger werden. Dass die Schrift nicht ganz ohne Fehler ist, sei nur am Rande vermerkt.

Am meisten Mühe bereitet es der SP, ihrem politischen Hauptgegner, gemäss Parteipräsident Hubacher die Freisinn-

gen, eine «Kluft zwischen Rhetorik und Praxis» bei der FDP-Forderung nach «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» zu beweisen. Trotz emsigen Suchen fand die SP nur zwei parlamentarische Vorstösse, die im Jahre 1982 eingereicht wurden und die nach SP-Sprachregelung «Mehr Staat» forderten. Allerdings hatte die SP auch dabei noch Pech — beim einen geht es um eine in der Verfassung verankerte Bundesaufgabe, beim andern um eine Aktion zugunsten einer wirtschaftlich bedrohten Branche und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen...

Wahrlich, der Zustand der SP gibt zu Besorgnis Anlass. Wo ist die Partei geblieben, die hinter sich eine Basis wusste, die sich aber auch für diese Basis einsetzte, sich mit den übrigen Parteien zusammenraufte, um im gemeinsamen Gespräch eine Lösung zu suchen, die als helvetischer Kompromiss von allen akzeptiert werden konnte und dem Land jenen sozialen Wohlstand brachte, um den es beneidet wird? Mit Miesmachen und Schwarzmalen werden die Probleme nicht gelöst, denen sich die Schweiz gegenübersteht. Hier ist die SP dem Wähler die Antwort schuldig geblieben. cb

Wir reden nicht nur vom Gewerbe.

Wir tun auch etwas dafür.

Zu häufig wird vergessen, dass die Klein- und Mittelbetriebe des Gewerbes einer der wichtigsten Pfeiler der schweizerischen Wirtschaft sind und wesentlich zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Überdies sind sie auch ein bedeutender Arbeitgeber und haben in der gegenwärtigen wirtschaftlich wenig erfreulichen Phase gezeigt, dass sie sich dank persönlicher Initiative und Flexibilität rasch den veränderten Umständen anpassen können.

Weil wir Freisinnigen dies wissen, setzen wir uns auch für ein starkes gewerbliches Unternehmertum ein. Nicht nur mit schönen Worten, sondern auch mit Taten:

- Wir haben ein realistisches Detailhandelskonzept ausgearbeitet.
- In unseren Wirtschaftsthesen «Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze» fordern wir nicht zuletzt im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe bessere Rahmenbedingungen.
- Wir Freisinnigen engagieren uns dafür, dass die kalte Progression endlich eliminiert wird, weil der Mittelstand die Folgen des Nichtausgleichs der kalten Progression mit laufend höheren Steuern bezahlen muss.
- Mit unserem Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» treten wir für den Abbau administrativer Umtriebe ein.

ein und sind gegen noch mehr Bürokratie, die Klein- und Mittelbetriebe heute schon übermässig belasten.

Deshalb: Es kommt am 23. Oktober darauf an, dass Sie sich für eine Politik der Taten und nicht der leeren Worte entscheiden.

Informationen

Bitte senden Sie mir Ihre Broschüre

- Für eine realistische Detailhandelspolitik
- Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze
- Dazu stehen wir

Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Gewünschtes bitte ankreuzen, Coupon in Blockschrift ausfüllen und einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Ihre Partei: FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

Soeben erschienen: Das Buch zum Wahljahr 1983.



Walter Wittmann: Die rote Utopie. Ist Sozialismus noch eine Alternative? 215 Seiten. Fr. 26.80. Eine liberale Gewissensforschung anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx. Der Freiburger Universitätsprofessor Walter Wittmann untersucht in dieser kompromisslosen Studie die wirtschaftliche und moralische Krise des Sozialismus, das theoretische Rüstzeug des Marxismus, den Ruf nach «mehr Staat» und jenen nach «weniger Staat», den wachstumsorientierten Kapitalismus am Ende des Wachstums. Eine pointiert formulierte Studie aus liberaler Sicht!

Bestellung

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung

(874) _____ Expl. Wittmann, Die rote Utopie à Fr. 26.80 (+Versandkosten)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

Datum: _____

Bitte einsenden an:

VERLAG HUBER FRAUENFELD

Promenadenstrasse 16
8500 Frauenfeld
Telefon 054 73739

Gedanken zur 40-Stunden-Woche-Initiative

Bei kleinerem Kuchen mehr verteilen?

Die Ankündigung der neuen 40-Stunden-Woche-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist zeitlich mit Meldungen über eine leicht angestiegene Arbeitslosigkeit und über eine bestenfalls stagnierende Bautätigkeit zusammengefallen. Diese Koinzidenz ist natürlich zufällig — jedenfalls wohl zufälliger als die Terminierung der Initiative im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen.

Aber unabhängig davon besteht Anlass zu Überlegungen über die Sachgerechtigkeit einer staatlich durchzusetzenden Arbeitszeitverkürzung, die ohne jede Einschränkung von vollem Lohnausgleich begleitet sein soll.

Kostenneutralität?

Dabei erweist es sich, dass das Problem komplexer ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Vor allem darf man nicht übersehen, dass Arbeitszeitveränderungen in aller Regel betriebswirtschaftliche Konsequenzen haben; sie kaum vor. Dies bedeutet, dass man durchaus der gewerkschaftlichen Gedankenführung, wonach Arbeitsintensität verlangen und Produktivitätsfortschritte auf die Arbeitsbedingungen zu übertragen sind, folgen kann, ohne jedoch zu übersehen, dass irgendwo

der Aufwand für lohnmässig kompensierte Arbeitszeitverkürzungen getragen werden muss. Dass normalerweise bei den Unternehmungen ein solcher Aufwand entsteht, geht ja aus dem weiteren gewerkschaftlichen Argument hervor, durch kürzere Arbeitswochen lasse sich die Zahl der Beschäftigten vergrössern. Das ist bei Arbeitslosigkeit auch ganz und gar ein achtbares Ziel; nur hat seine Verfolgung ebenfalls ihre Kosten.

Sozialpartnergespräche statt staatliche Reglementierung

Und die unternehmerische Tragfähigkeit für solche Kosten ist heute recht eng begrenzt. Die eingangs erwähnte Stagnation der Bautätigkeit deutet stellvertretend für viele Wirtschaftszweige an, dass nicht beliebig zusätzlich verteilt werden kann, was aus wirtschaftlicher Wertschöpfung hervorgeht. In den letzten zehn Jahren waren immerhin zwei Rezessionen durchzustehen (die zweite dauert noch an); das mittelfristige Wachstum bildete sich stark zurück und ist gegenwärtig ungewiss.

Wenn ein Kuchen eher kleiner als grösser wird, lassen sich daraus nicht Stücke in steigender Zahl und erst noch zunehmender Grösse herauschneiden. Das ist nichts weiter als eine Illustration der Tatsache, dass Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ein abstraktes Postulat ist, dem die konkreten Bedingungen oft nicht entsprechen. Um so nachdrücklicher ist daran zu erinnern, dass es bisher sozialpartnerschaftliche Vertragsverhandlungen gewesen sind, denen man mit gutem Grund und gutem Erfolg den Vorzug vor staatlicher Reglementierung der Arbeitsverhältnisse gegeben hat.

Reallöhne behaupten sich

Im übrigen ist es ein verbreiteter Irrtum, die Reallohnentwicklung habe in den jüngsten Rezessionszeiten Rückschläge erlitten, die nun durch den Einsatz des Arbeitszeitinstruments ausgeglichen werden müssten. Aus den jährlichen Erhebungen des Biga (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) ist vielmehr unschwer abzulesen, dass auch im konjunkturell ungünstigen Jahr 1982 (Gehaltserhebungen jeweils im Oktober) bei Arbeiterlöhnen und Angestelltenälären eine mittlere reale Verbesserung um 0,8 Prozent eingetreten ist. Und zwar beruht diese Messziffer auf dem bis Ende 1982 fehlerhaft berechneten Index der Einzelhandelspreise. Korrigiert man die vor Jahresfrist vieldiskutierte Indexpanne, so gelangt man laut «Wirtschaftsförderung» sogar auf eine reale Zunahme der Arbeitseinkommen von durchschnittlich 1,2 bis 1,3 Prozent. Auch im mehrjährigen Mittel sind die Vorzeichen positiv.

Das ist beachtlich, hat es doch in den letzten Jahren Branchen und Unternehmen gegeben, die ertragsmässig nicht mehr in der Lage waren, ihrem Personal den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren. Gleichzeitig bestätigt sich aber, dass vorteilhafte Ertragsverhältnisse in aller Regel auch die Arbeitnehmer begünstigen, was wiederum für freie Sozialpartnerbeziehungen und gegen staatliche Zwangsvorschriften spricht.

Liberaler Leute

Gleich zwei ehemalige markante freisinnige Bauernpolitiker konnten kürzlich ihren 70. Geburtstag feiern: die beiden alt Nationalräte Joachim Weber und Hans Hofer.

Weber vertrat den Kanton Schwyz von 1967 bis 1975 in der Volksskammer. Zuvor war der Dr. h. c. der Universität Zürich von 1956 bis 1968 Mitglied des Kantonsrates. Den Schweizerischen Bauernverband präsierte er von 1961 bis 1974.

Von 1958 bis 1981 leitete Hans Hofer den Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften des Kantons St. Gallen. Als Ing.-Agr. ETH verdiente er sich seine Sporen bei Prof. Friedrich Traugott Wahlen ab, wirkte als Berater der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und war Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule in Flawil. Dem Nationalrat gehörte er von 1967 bis 1975 an.

Public Relations haben immer eine Wirkung. Es fragt sich nur welche.

Sprechen Sie doch einmal mit einer BPR-Agentur:

AG für Public Relations, 8700 Küssnacht;
Dr. Rudolf Farmer Public Relations Agentur,
8001 Zürich;
Gisler & Gisler/BBDO, AG für Werbung
und Public Relations, 8034 Zürich;
Dr. Dieter Jäggi AG Public Relations,
3000 Bern 15;
PWW Public Relations + Werbe AG, 8032 Zürich;
TER Toby E. Rodas Consultants, Internationale
Public Relations, 4052 Basel;
Karl F. Schneider AG Public Relations,
8049 Zürich.

BPRA
Bund der PR-Agenturen

FDP muss beim Umweltschutz nicht rot werden

Wir Freisinnigen waren schon immer auch grün

Umweltschutz wird heute gross geschrieben. Zu Recht, weil eine Zukunft ohne ihn nicht denkbar ist. Zwar müssen wir den blauen Himmel über der Schweiz nicht versprechen, denn er leuchtet noch in seiner Grundfarbe. Wer die überlaufenen Treffpunkte der Massen ein wenig abseits lässt, kann immer noch durch unberührte Landschaften wandern. Weil dies viele so empfinden, ist nicht vorab lautstarke, wohl aber weitblickende Umweltpflege angebracht. Dies stellt FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger fest:



Waldsterben, Entsorgungskonzept für Industrieabfälle und vieles mehr. Ueber ein Dutzend Vorstösse sind in dieser Richtung in den letzten vier Jahren zu verzeichnen. In der Abgasfrage hat sich die FDP konsequent im Sinne der bei der Abstimmung über die sogenannte Albatros-Initiative abgegebenen Zusicherungen eingesetzt, dies bevor andere Parteien sich dafür engagierten.

Umweltschutz — ein Bereich der Politik

Die FDP befasst sich mit dem ganzen Spektrum staatlicher Tätigkeit. Deshalb muss sie bei jeder konkreten Frage abwägen. Es ist keine seriöse Politik, im Einzelfall für Umweltschutz und gegen Erhaltung von Arbeitsplätzen zu entscheiden oder für Umweltschutz, den niemand zahlen kann. Tragbare Lösungen in zwiespältigen Situationen zu finden ist wohl nicht spektakulär, aber kann allein zu Resultaten führen. Niemand wird behaupten können, dass für die über 140 000 Mitglieder der FDP der Umweltschutz nicht ein sehr ernstes Anliegen wäre. Auch darf daran erinnert werden, dass der freisinnige Nationalrat Dr. Willy Loretan in der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz als Präsident weitschauend wirkt, dass Dr. Bernhard Wehrli in gleicher Funktion die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz leitet und die Freisinnige Grossrätin Dr. Anne Petitpierre dem WWF Schweiz vorsteht. Der Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, Dr. Rudolf Stüdeli, ist freisinnig,

Man hört aus Kreisen, die sich anschicken, die Umweltschutzfragen für sich zu pachten, den Vorwurf, die grossen Parteien hätten den Umweltschutz erst jetzt entdeckt. Demgegenüber darf die FDP für sich in Anspruch nehmen, schon seit den sechziger Jahren die Problematik aufgegriffen zu haben.

Für die FDP kein Modethema

Mit zahlreichen freisinnigen Vorstössen sind in der Zwischenzeit umweltschützende Massnahmen eingeleitet worden. Allein seit 1979 lassen sich Interventionen auflisten zu Themen wie Phosphatgehalt der Seen, Reduktion der Abgasschadstoffe, steuerliche Erleichterungen bei Umweltschutzinvestitionen, Förderung der Fernwärme, Massnahmen gegen den sauren Regen und das

Massnahmen gegen Luftverschmutzung gefordert

Dringlicher Vorstoss der FDP-Fraktion

Wirksame Gegenmassnahmen gegen die Luftverschmutzung an der Quelle sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene fordert in einer Dringlichen Interpellation die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Verlangt wird darin die Reduktion der Belastung der Atmosphäre auf ein ökologisch verantwortbares Mass. Der Vorstoss wurde zu Beginn der Herbstsession der eidgenössischen Räte im Nationalrat von Bruno Hunziker (AG) und in der kleinen Kammer von Ständerat Peter Knüsel (LU) eingereicht.

In der Interpellation wurde darauf hingewiesen, dass für die alarmierenden Waldschäden vor allem die Luftverschmutzung durch die Abgase aus Haus- und Industrieerzeugung, aus thermischen Kraftwerken sowie aus dem Motorfahrzeugverkehr verantwortlich sind. Im Vordergrund stehen offenbar Schwefeldioxid und Stickoxide sowie deren atmosphärische und chemische Umwandlungsprodukte (saurer Regen, Ozon). Im Vorstoss wurde deshalb die Landesregierung auch angefragt, ob bei den bereits eingeleiteten und vorgesehenen Massnahmen wie Autoabgasreduktion und Schwefelherabsetzung bei der fossilen Energieerzeugung an ein zeitliches Vorziehen gedacht wird.

ebenso wie sein Kollege H. Gattiker vom Schweizer Heimatschutz. Hinter ihnen stehen Zehntausende weiterer Freisinniger, die sich auf kantonaler und lokaler Ebene und in ihrem Quartier verantwortungsvoll und praktisch mit Umweltfragen beschäftigen.

Lautstärke ist nicht entscheidend

Die Lautstärke der Neoökologen ist kein Ausdruck ihrer Leistungsfähigkeit. Sie reden laut, während die Freisinnigen mit den Vertretern anderer bürgerlicher Parteien solide Grundlagenarbeit und praktischen Umweltschutz betreiben haben. Wir brauchen daher ebenso wenig Umweltschutzparteien, wie wir Häuserschutzparteien oder Alpenschutzparteien brauchen. Diese Einthesengrup-

pen, welche die Welt nur aus ihrer eigenen engen Optik betrachten, wecken Hoffnungen, die niemand einlösen kann, und führen die Umweltschutzanliegen in eine politische Isolation, die der Sache nichts nützt.

Um was geht es?

An zwei Beispielen sei aufgezeigt, was richtige Umweltpolitik bedeutet:

Erstens müssen wir die Umweltbelastung in Grenzen halten, aber in der Erkenntnis, dass wir unsere ökologischen Probleme nicht allein lösen können. Deshalb sprechen wir mit unseren Nachbarländern, die ebensowenig unseren Abfall wollen wie wir den ihren. Wenn sich einzelne Länder hinter ihren verschiedenen Umweltschutzvorschriften einschliessen, ziehen wir Schweizer den kürzeren.

Zweitens wollen wir keinen Polizeistaat, wo Umweltschutzkommissare jedermann und alles kontrollieren. Als echte Liberale appellieren wir an den Gemeinsinn, den man unseren Landsleuten auch nicht absprechen kann. Nicht Gebote und Verbote sollen vorab Umweltschutz herbeiführen, sondern das natürliche, verantwortungsvolle Verhalten eines jeden Einzelnen. Wir Freisinnigen sind auch nicht bereit, Nachlässigkeiten zu dulden, sondern setzen uns dafür ein, dass geltende Kompetenzen auf allen Ebenen voll ausgeschöpft werden.

In der Abfallbewirtschaftung hat die Schweiz in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Die Lärmbekämpfung ist kein leeres Wort geblieben, sondern die Typenprüfung der Motorfahrzeuge hat grosse Erleichterungen gebracht. In diesem Sinne wollen wir Umweltschutz weiter betreiben und werden um jeden Fortschritt ringen.

Zu Wahlen

gehören nicht nur Veranstaltungen im «Bären» und «Löwen», nicht nur Wahlmanifeste und programmatische Aussagen, sondern auch Werbematerialien. Die FDP hat dabei neue Wege beschritten. Sie können diese Materialien mit untenstehendem Talon bestellen.

Die Idee mit den FDP-Werbemitteln und Accessoires finde ich gut. Ich mache mit und bestelle

die folgende Artikel:

- T-Shirt, Grössen 10, 12, S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 18.—
- Sporttasche à Fr. 48.—
- Halsfeger-Bonbons, Kilodose à Fr. 15.—
- Sportmütze Baumwolle à Fr. 1.80
- Krawatte Seide/Polyester à Fr. 35.—
- Portefeuille mit Agenda à Fr. 48.—
- Sportjacke, Grössen S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 120.—
- Doppelschirm à Fr. 58.—
- Sportschirm à Fr. 54.—
- Feuerzeug (10er-Packung) à Fr. 13.50
- Anstecknadel à Fr. 10.—

Bitte senden Sie mir Informationen über die FDP der Schweiz.

Herrn/Frau/Frl. Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____

Bitte Gewünschtes ankreuzen bzw. einkreisen. Name und Adresse in leserlichen Druckbuchstaben eintragen und Coupon einsenden an:
 Generalsekretariat FDP der Schweiz
 Postfach 2642, 3001 Bern

Anpacken statt Jammern!

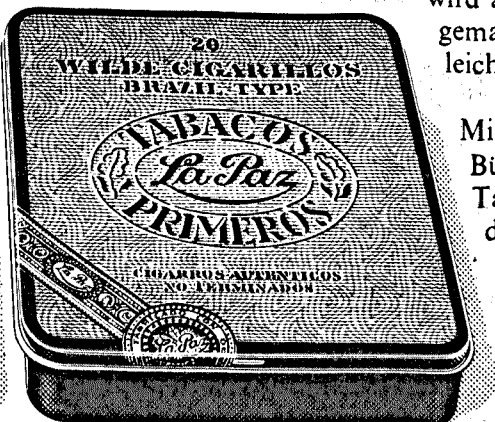
Do it yourself.
 Der Staat kann nicht alles.



Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück/Fr. 6.40



20 Stück/Fr. 8.50

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört.

Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

Keine Schönwetterparole

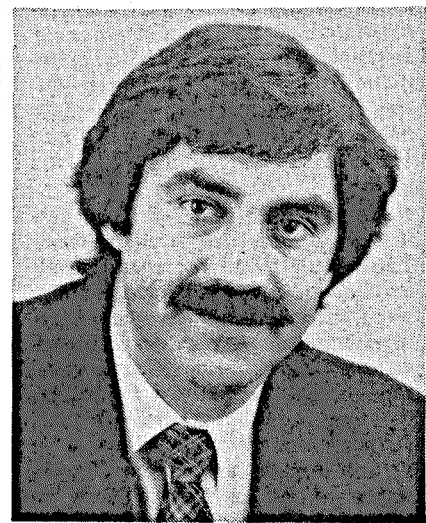
Es bleibt dabei: Weniger Staat

Vor den letzten eidgenössischen Wahlen hat die FDP-Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» wie eine Bombe eingeschlagen. Seither werden die politischen Widersacher der FDP nicht müde, aus allen Rohren gegen diesen Slogan zu schießen. Dass die Argumente, die dabei ins Feld geführt werden, nicht zu überzeugen vermögen, auch wenn sie mit noch so großem Geschütz aufgeföhren werden, zeigt FDP-Kantonsrat Dr. Eric Honegger, Rüschtikon ZH, auf.

Wenn es der Wirtschaft – und damit den Bürgern dieses Landes – schlechter geht als auch schon, ist dies noch lange kein Grund, um laut nach der schützenden Hand des Staates zu rufen. Es ist nämlich eine Illusion, zu glauben, durch staatliche Betriebsamkeit könne die Konjunktur wieder in Schwung gebracht werden. Das Gegenteil ist der Fall. Was die Betriebe brauchen, ist eine Entlastung vom Steuerdruck und eine Lockerung der vom Staat angelegten bürokratischen Fesseln. Die so dringend nötige Investitionskraft unserer Wirtschaft kann nicht durch staatliche Garantien gefördert, sondern muss über eine Verbesserung der Konkurrenzsituation mit dem Ausland gesucht werden, die durch staatliche Auflagen verschiedener Art nicht noch zusätzlich verschlechtert werden sollte.

Alles über einen Leist schlagen?

Staatliche Lösungen zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie wenig flexibel sind und ungenügend Rücksicht nehmen. Deutlich tritt dies in der Sozial-



und Wirtschaftspolitik hervor, wo der Bund zu immer mehr Aktivität aufgerufen wird, die bislang in die Kompetenz der Sozialpartner gefallen ist. Dies ist zu bedauern, weil durch uniforme Bundeslösungen der vielfältigen Branchen- und Betriebsstruktur unserer Wirtschaft zu wenig Rechnung getragen wird.

Es ist eigentlich erstaunlich, dass die Gewerkschaften mit zahlreichen Initiativen (40-Stunden-Woche, Ferien, Kündigungsschutz usw.) diese unheilvolle Entwicklung vorantreiben. Denn gerade die Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge, die sie dadurch gefährden, gehören zu den ureigensten Aufgaben der Arbeitnehmerverbände. Und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wäre es ein Gebot der Stunde, bei der Problembewältigung nach branchenspezifischen Lösungen zu suchen und nicht alles über einen Leist zu schlagen.

Schreckgespenst Privatisierung

Die linke Kritik am Begehren nach weniger Staat setzt oft beim Privatisierungsgedanken an. Es wird behauptet, die Privatisierung zielt nur auf die lukrativen Staatsbetriebe ab und überlasse die defizitären Aufgaben der Allgemeinheit. Diese Befürchtung trifft selbstverständlich nicht zu. Denn es geht in erster Linie darum, staatliche Aktivitäten einmal der privaten Konkurrenz auszusetzen. Dann erst kann beurteilt werden, ob es wirtschaftlicher ist, eine Dienstleistung an den Bürger öffentlich oder privat erbringen zu lassen. Dieser Vergleich ist leider oft schwierig, weil Ungleiches einander gegenübergestellt wird. So lassen sich nur die wenigsten staatlichen Dienstleistungen betriebswirtschaftlich berechnen, das heisst unter Berücksichtigung von Abschreibungen und kalkulatorischen Kosten.

Viele Beispiele im In- und Ausland beweisen, dass private Anbieter von Dienstleistungen kostengünstiger arbeiten, als dies die öffentliche Hand kann – und dies bei gleicher Qualität. Der Grund dafür liegt im Konkurrenzdruck und im Zwang, Gewinn zu erzielen; beides Elemente, die in der Privatwirtschaft spielen, beim Staat aber nicht oder nur sehr beschränkt. Entscheidend ist nun nicht, ob ein privater Anbieter mit der Übernahme einer öffentlichen Aufgabe Gewinn erzielt, sondern ob die Dienstleistung für den Bürger bei

Können heisst Wollen.

Die Faust im Sack verändert gar nichts. Gangowäle!



Serie A:

Frieden braucht Freiheit.
Sonst wird die Zukunft freudlos, hoffnungslos, sinnlos

Anpacken statt Jammern!
Do it yourself. Der Staat kann nicht alles.

Dabeisein statt Ausflippen.
Das bringt mehr und stellt auf!

Können heisst Wollen.
Die Faust im Sack verändert gar nichts. Gangowäle!

Fortschritt ohne Tradition?
Erfahrung ist die Basis für eine er-lebenswerte Zukunft.

Sozial, nicht sozialistisch!
Sozialer Fortschritt kann nur durch eine freie Wirtschaft finanziert werden.

LIEBER

ein leistungsfähiger Staat als ein masslos aufgeblähter.



Serie B:

LIEBER mehr Eigenleistung, als auf die Hilfe des Staates warten.

LIEBER Recht und Sicherheit als Unrecht und Unordnung.

LIEBER massvolle Steuern. Sonst wird die öffentliche Hand zur hohlen Hand.

LIEBER eine eigene Armee als fremde Herren.

LIEBER ein leistungsfähiger Staat als ein masslos aufgeblähter.

LIEBER im Dorf musizieren, als nach Berns Pfeifen tanzen zu müssen.

Wer denkt, wählt.

Wählt freisinnig!



Serie C:

Wer denkt, wählt. Wählt freisinnig!

Andere reden. Wir arbeiten.

Weder rot sehen noch schwarz malen.

Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?

Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen!

Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gemolken und auf Erden gefüttert wird.

Bereits bei den eidgenössischen Wahlen 1979 fanden die Plakate der FDP der Schweiz besondere Beachtung. Die damaligen Auslagen wurden ergänzt und aktualisiert – wiederum mit der Absicht, den Betrachter/Leser der freisinnigen Botschaft zum Nachdenken und Einschwenken auf die FDP-Politik zu animieren.

Sie können diese Plakate ebenfalls beziehen. Es werden nur komplette Serien (also 6 Plakate) abgegeben. Preis pro Serie im Weltformat Fr. 36.–; Preis pro Serie im Format A2 Fr. 18.–.

Bitte senden Sie mir folgende FDP-Plakatserien:

Weltformat	Format A2
... Ex. Serie A	... Ex. Serie A
... Ex. Serie B	... Ex. Serie B
... Ex. Serie C	... Ex. Serie C

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Einsenden an die FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

gleichbleibender Qualität günstiger zu stehen kommt. Dass dabei nicht nur lukrative Staatstätigkeiten in Betracht fallen, zeigen die klassischen Privatisierungsbeispiele im Reinigungsdienst oder in der Müllabfuhr.

Mehr Freiheit und Selbstverantwortung

Der Ruf nach weniger Staat ist eng verknüpft mit dem Wunsch nach mehr Freiheit und Selbstverantwortung. Oft fehlt indessen der Wille, selbstständig oder in Zusammenarbeit mit anderen ein Problem ohne staatliche Hilfe zu lösen. Auch das Bedürfnis nach

mehr Sicherheit wird oft dem Verlangen nach mehr Freiheit vorangestellt. Wer glaubt, Sicherheit zu erlangen, realisiert aber meistens nicht, dass diese mit Einbussen an Freiheit verbunden sein kann.

Freiheit verlangt Selbstverantwortung. Wer frei handelt, muss dafür auch selber die Verantwortung übernehmen. Und die verantwortungsbewusste Ausübung der Freiheit setzt eine entsprechende ethisch-moralische Grundhaltung voraus. Es ist unser aller Aufgabe, diese Zusammenhänge vermehrt sichtbar zu machen und sie jenen Kräften entgegenzusetzen, die vom Staat alles Heil erwarten.

Geilinger-Engineering löst Ihre Probleme.

Industrie-Engineering bedeutet nichts anderes als mit Logik und System auf die gesteckten Ziele einzuwirken. Ihre Probleme in all jenen Bereichen zu lösen, wo der industrielle Erfolg zukunftsentscheidend ist, betrachten wir als unsere Hauptaufgabe.

Geilinger AG CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434
Dept. Planung und CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731
Generalbau CH-1227 Genève, Tel. 022/428232

GELINGER

Die FDP setzt Signale:
Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat.

(... warum stört das gewisse Leute?)



Die FDP hat ihre Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» in einer Broschüre erläutert. Sie können diese mit untenstehendem Talon bestellen.

Bitte senden Sie mit die Broschüre «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» zu. Grátis.

Vorname _____
Name _____
Strasse _____
PLZ _____
Ort _____
Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

